



# Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.  
22. Jahrgang | Nr. 1 / 2017

## Wettbewerb zum vierten Mal

Seniorenfreundliche Kommune in M-V gesucht  
Einsendeschluss: 15. Juni



In Zusammenarbeit mit dem Landeseniorenbeirat schreibt das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung zum vierten Mal den Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune in Mecklenburg-Vorpommern“ aus. Er soll zur Fortentwicklung einer seniorenfreundlichen Gestaltung des Lebensumfelds auf kommunaler Ebene beitragen. Gesucht, bewertet und dokumentiert werden gelungene Praxisbeispiele. Städte und Gemeinden, die sich bei der aktiven Einbindung der Seniorinnen und Senioren, bei der nachhaltigen Verankerung guter Angebote und durch kreative Ideen und Projekte zur Stärkung der Lebensqualität älte-

rer Menschen besonders hervorheben, werden ausgezeichnet. Ziel des Wettbewerbs ist es, in den Städten und Gemeinden des Landes das Bewusstsein und das Verständnis für die Bedürfnisse von älteren Menschen zu stärken, gute Beispiele bekannt zu machen und eine entsprechende Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Belange älterer Menschen zu erreichen. Durch die Vorstellung seniorenfreundlicher Maßnahmen, Projekte und Initiativen sollen andere Städte und Gemeinden zur Nachahmung angeregt werden. Darüber hinaus will der Wett-

*Fortsetzung auf Seite 3*

**Liebe Vereinsmitglieder,  
verehrte Leser des  
„Seniorenkuriers“,**

anlässlich des von den Vereinten Nationen 2009 eingeführten Welttages der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar muss daran erinnert werden, dass noch wesentlich mehr Engagement der internationalen Gemeinschaft bei der Überwindung weltweiter sozialer Ungleichheit nötig ist. Laut einer Studie von Oxfam besitzen die 62 reichsten Menschen der Welt genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Damit ist in einem Zeitraum von lediglich fünf Jahren das Vermögen der 62 reichsten Personen um 44 Prozent gewachsen, während das Vermögen der ärmeren Hälfte um eine Billion US-Dollar zurückgegangen ist. Damit haben sich die Unterschiede zwischen Arm und Reich weiter drastisch vergrößert. Wir sollten nicht vergessen, dass dieser Prozess sich auch in Deutschland vollzieht. Mehr politischer Wille ist im Kampf gegen Kinderarmut notwendig. Die Hartz-IV-Sätze für Kinder sind zu gering. Rund drei Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland sind nach Erhebungen des Statistischen Bundesamts von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. 1,8 Millionen Kinder beziehen Grundsicherungsleistung, davon eine Million Kinder in Haushalten Alleinerziehender. Menschen mit Behinderungen müssen die gleichen Chancen auf ein wirtschaftlich unabhängiges Leben haben wie alle anderen auch. Noch immer bestimmt vor allem die soziale Herkunft eines Kindes in hohem Maße seine Bildungslaufbahn. Nicht zu vergessen die Rentenungerechtigkeit durch den fehlenden Willen zur sofortigen Angleichung der Rentenwerte Ost an West. Wachsende Altersarmut verlangt mehr Engagement der Politik, um gegenzusteuern. Nicht nur international, auch national gibt es noch viel zu tun.

*Bernd Rosenheinrich  
Vorsitzender des  
Landesseniorenbeirats M-V e. V.*

### Aus dem Inhalt

Seite	11	<b>Ostrentner sind noch immer benachteiligt</b>
Seite	18	<b>Menschen mit Demenz bleiben nicht allein</b>
Seite	28	<b>Aus Landkreisen und Städten</b>



# AKTIV BIS INS HOHE ALTER!

## Soziale Betreuung in den Vitanas Senioren Centren Im Casino und Am Schlossgarten

Ein großes Problem im Alter ist der voranschreitende Verlust der Alltagskompetenzen, viele alltägliche Dinge fallen immer schwerer. Der Einzug in ein Senioren Centrum sorgt für Entlastung im Alltag und die Teilhabe am sozialen Leben kann wieder mehr in den Mittelpunkt rücken. Der Bereich ‚Soziale Betreuung‘ in den Vitanas Senioren Centren in Schwerin besteht aus einem interdisziplinären Team aus Ergotherapeuten, Alltagsbegleitern und einer Vielzahl ehrenamtlicher Mitarbeiter, die sich um ein abwechslungsreiches Angebot an Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten kümmern. Hier ist für jeden das passende dabei: Gymnastik, Kegeln und Sportrunden sorgen für körperliche Fitness. Gedächtnistraining, Spielenach-

mittagen und kreative Gruppen halten Geist und Seele fit. Die individuellen Stärken der Bewohner und ihre Biografie finden besondere Berücksichtigung: Die passionierte Hausfrau hilft beim Wäschewaschen und zusammenlegen, der ehemalige Koch beim Kuchenbacken und Gemüse schneiden. Handwerkliches Geschick kann in der hauseigenen Werkstatt unter Beweis gestellt werden. Wöchentliche Ausflüge mit dem hauseigenen Bus erfreuen sich großer Beliebtheit. Je nach Jahreszeit geht es zum Beispiel an die Ostsee. Egal ob Boltenhagen, Wismar oder Poel - ein Blick aufs Wasser oder den Hafen gefällt den Bewohnern immer sehr. In der Weihnachtszeit locken die verschiedenen Weihnachtsmärkte

in der Umgebung. Der Besuch auf einem landwirtschaftlichen Betrieb weckt bei vielen Senioren Erinnerungen, denn viele sind auf dem Land groß geworden. Besonders beliebt sind die monatlichen Großveranstaltungen: hier treffen sich alle Bewohner, gerne in Begleitung ihrer Angehörigen zum gemeinsamen Kaffee trinken, Singen, Tanzen und Lachen. Im Februar wird beispielsweise gemeinsam Fasching gefeiert, bunte Hüte, Luftballons und Luftschlangen dürfen dabei natürlich auf keinen Fall fehlen.

Abschließend lässt sich sagen: In den Vitanas Senioren Centren Im Casino und Am Schlossgarten wird es niemals langweilig!



bewerb die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen einzelnen Initiativen, Trägerstrukturen, Projekten und den Kommunen befördern. Entscheidend für die Bewertung ist, inwieweit sich die eingereichten Konzepte und Maßnahmen in ihrer Gesamtheit auf die seniorenfreundliche örtliche Infrastruktur positiv auswirken.

Am Wettbewerb können sich alle Städte und Gemeinden des Landes beteiligen, auch die, die sich bereits an vorangegangenen Wettbewerben beteiligt hatten. In die Vorbereitung und Durchführung sollen insbesondere Seniorenvertretungen sowie weitere Akteure mit seniorenrelevantem Bezug einbezogen werden. Die Bewertung erfolgt in drei Kategorien je nach Einwohnerzahl: 1 – bis 2 000 Einwohnerinnen und Einwohner; 2 – 2000 bis 8000 und 3 – über 3000 Einwohnerinnen und Einwohner. Inhaltliche Bewertungskriterien sind:

1. Kommunale Strategien
2. Wohnen im Alter
3. Seniorengerechte Infrastruktur

4. Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

5. Projekte und Ideen zur Stärkung der Lebensqualität älterer Menschen

Für die Entscheidung über die Vergabe der Auszeichnungen wird eine Jury gebildet. Sie entscheidet über die Prämierung unabhängig in einem nicht öffentlichen Auswahlverfahren. Zu ihr gehören je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter

- des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- des Landesrings Mecklenburg-Vorpommern des Deutschen Seniorenrings
- der Abteilung Soziales und Integration des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung
- zwei Vertreterinnen und Vertreter des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Der Umfang der gesamten Bewerbung sollte 15 Seiten nicht überschreiten. Öffentlichkeitswirksame Materialien, wie Informationsblätter, Wegweiser, Broschüren, Fotografien oder

Videos können als Anhang beigefügt werden. Eingereicht werden die Bewerbungen in einfacher Ausfertigung, vorzugsweise per E-Mail beim Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern, 19048 Schwerin, E-Mail: birgit.lehmkuhl@sm.mv-regierung.de. Bewerbungsschluss ist der 15. Juni 2017 (Datum des Poststempels).

Die nach einer Vorauswahl in den engeren Kreis potentieller Preisträger aufgenommenen Städte und Gemeinden erhalten die Gelegenheit, der Jury vor Ort ihre seniorenfreundliche Kommune vorzustellen.

Die Auszeichnung „Seniorenfreundliche Kommune in Mecklenburg-Vorpommern“ wird innerhalb einer Feierstunde im vierten Quartal 2017 vergeben. Die Plätze 1 bis 3 werden mit einer Urkunde und einem Preisgeld von insgesamt 10.000 Euro geehrt. Darüber hinaus kann ein Innovationspreis mit einem Preisgeld von 1.000 Euro vergeben werden.



# Beherzter Einsatz und große Leistung

Ministerpräsident Erwin Sellering verlieh Erika Drecoll den Verdienstorden des Landes

„Frau Drecoll hat es durch ihre Arbeit geschafft, Politik und Verwaltung noch mehr für die Themen zu sensibilisieren, die ihr ganz besonders am Herzen liegen. Sie hat Wünsche und Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren formuliert, Diskussionen und Dialoge in Gang gesetzt. Ihre große Tatkraft und Initiative hat erheblich dazu beigetragen, das selbstständige und selbstbestimmte Leben älterer Menschen bei uns im Land zu verbessern. Für ihr unermüdliches Engagement danke ich ihr sehr herzlich und verleihe ihr den Verdienstorden des Landes Mecklenburg-Vorpommern.“ Das sagte Ministerpräsident Erwin Sellering am 9. Januar vor 500 Gästen auf dem Neujahrsempfang im Mecklenburgischen Staatstheater in Schwerin.

Erika Drecoll (Jahrgang 1937), Mitglied des Landesseniorenbeirats und von 2009 bis 2013 dessen stellvertretende Vorsitzende, war eine von drei Ausgezeichneten, die sich besonders um das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern verdient gemacht haben, die „Beispielhaftes für unser Gemeinwesen leisten“. Seit Jahrzehnten setzen sie sich – so der Ministerpräsident – „für ein gutes Zusammenleben in unserem Land ein und haben mit beherztem Einsatz und großer Leistung in ganz unterschiedlichen Bereichen viel erreicht und bewegt. Immer wenn es um ein gutes Zusammenleben der Generationen bei uns geht, dann ist Frau Drecoll dabei.“

Bereits seit 1992 ist sie in der Arbeitsgemeinschaft Rostocker Senioren ak-



Erika Drecoll mit Ministerpräsident Erwin Sellering bei der Ehrung mit der Verdienstmedaille

Foto: Staatskanzlei



tiv. Im Januar 2000 wurde sie Gründungsmitglied des Seniorenbeirats der Hansestadt und ist derzeit dessen Vorsitzende. Als Mitglied der Gesellschafterversammlung der AWO Sozialdienst gGmbH in der Hansestadt hat sie ihre hohe Kompetenz genauso eingebracht wie in verschiedenen Gremien auf Landesebene. Ganz besonders, so Sellering, habe sie sich dafür eingesetzt, „dass die Mitwirkungsrechte älterer Menschen bei uns im Land gestärkt und dass Ältere aktiver als früher am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben beteiligt werden. Ihr größter Erfolg war die Verabschiedung eines der ersten Seniorenmitwirkungsgesetze in ganz Deutschland“. Erika Drecoll war außerdem in der Enquete-Kommission des Landtags „Älter werden in Mecklen-

burg-Vorpommern“ aktiv und ist seit 1999 eng mit dem Altenparlament verbunden, deren Präsidentin sie in den Jahren 2003 und 2011 war.

Besonders stark brandete der Applaus auf, als die Ordensträgerin in ihren Dankesworten sagte: „Ja, das Ehrenamt ist wichtig und für mich eine Selbstverständlichkeit. Meine Familie und meine Freunde müssen öfter warten, bis ich für sie und mit ihnen einen persönlichen Termin wahrnehmen kann.“ Für das positive Lebensgefühl und den Zusammenhalt in M-V „leisten die vielen Ehrenamtlichen im Land einen unverzichtbaren Beitrag. Sie sorgen mit ihrem Engagement für mehr Menschlichkeit und Wärme in unserer Gesellschaft“, betonte Ministerpräsident Erwin Sellering. Die Landesregierung werde das Ehrenamt auch künftig unterstützen, auch über die Ehrenamtsstiftung, die sehr erfolgreich gestartet sei. ■

**Das Altern beginnt und das mittlere Alter endet an dem Tag,  
an dem die Zahl der Nachkommen die der Freunde übersteigt.**

Ogden Nash

# Zeitzeugen sind Brücke in die Vergangenheit

Sylvia Bretschneider auf der Gedenkveranstaltung des Landtags: Verantwortung der Generationen bleibt

Anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus fand am Vorabend des 27. Januar in der IHK zu Schwerin die Gedenkveranstaltung des Landtags statt. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hob zu Beginn dieser Gedenkveranstaltung die wichtige Rolle von Zeitzeugen bei der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus hervor. Natan Grossmann, inzwischen 90-jähriger Zeuge der Verbrechen der Nationalsozialisten, war Gast der Veranstaltung und Teilnehmer einer Diskussionsrunde, die sich der Filmvorführung „Linie 41“ anschloss.

Die Landtagspräsidentin bedankte sich bei Grossmann für seine Bereitschaft, der geplanten Diskussionsrunde zur Verfügung zu stehen: „Sie können uns von Ihren Erfahrungen berichten. Sie können die Geschichte lebendig machen. Sie sind für alle Nachgeborenen, die die Zeit nicht miterleben mussten, die Brücke in die Vergangenheit.“ Natan Grossmann betonte, dass die Generation von heute nichts mehr damit zu tun habe, was damals geschehen war. Allerdings sieht er es als Aufgabe der jungen Generation an, zu verhindern, dass die damaligen politischen Verhältnisse wiederkehren können.

„Es gibt keine kollektive Schuld der Deutschen, aber es gibt unsere kollektive geschichtliche Verantwortung. Wir Heutigen haben die Aufgabe, die Demokratie zu stärken und gegen diejenigen zu verteidigen, die sie abschaffen wollen. Schuld ist eine persönliche Kategorie, Verantwortung geht uns alle als Gesellschaft an“, so Landtagspräsidentin Bretschneider. Eingeladen zur Gedenkveranstaltung waren neben Abgeordneten des



Foto:  
Sven Schweiger

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider mit den Ehrengästen Natan Grossmann und Tanja Cummings

Landtags und der Landesregierung Gäste aus Wissenschaft, Kultur, Kirchen, Vereinen und Verbänden sowie Schülerinnen und Schüler. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Dokumentarfilm „Linie 41“ der Regisseurin Tanja Cummings. Der Film dokumentiert Natan Grossmanns Rückkehr nach Łódź, um das Schicksal seines Bruders zu ergründen, der dort 1942 verschwand. Seine Suche kreuzt sich mit der von Jens-Jürgen Ventzki, dem Sohn des ehemaligen Nazi-Oberbürgermeisters der Stadt, der die Verstrickungen seines Vaters in das NS-Unrechtsregime erforscht.

Die Linie 41 war eine Straßenbahnlinie, die durch das Ghetto führte. Alle mitfahrenden Bewohner von Lodz konnten die Zustände im Ghetto sehen, keiner wollte und hatte etwas gesehen. Erschütternd auch zu sehen, wie Jens-Jürgen Ventzki an Hand von Dokumenten und Unterschriften erkennen musste, wie tief sein Vater in die Verbrechen verstrickt war. Noch nach 1945 musste er als Kind mit anhören, dass die Nazis von seinen Eltern als „hochanständige Leute“ charakterisiert wurden. Sein Vater arbeitete zuletzt im Sozialministerium von Schleswig-Holstein. Be-

wegend dann am Ende des Films das Zusammentreffen mit Natan Grossmann, die tiefen Schuldgefühle, die ihn zusammenbrechen lassen. Auch hier eine eindeutige Aussage von Natan Grossmann: „Die heutige Generation hat nichts damit zu tun, was damals geschehen ist.“

In der anschließenden Podiumsdiskussion, an der neben Natan Grossmann und der Landtagspräsidentin auch die Filmregisseurin sowie Ramona Ramsenthaler, Leiterin der Mahn- und Gedenkstät-

ten im Landkreis Ludwigslust-Parochim, teilnahmen, wiederholte dieser diese Aussage, verwies aber auf die Aufgabe der jungen Generation, zu verhindern, dass solche politischen Verhältnisse wiederkehren können. Dies sind auch meine persönlichen Erfahrungen aus Gesprächen mit Überlebenden des NS-Regimes. Besonders die Gespräche, die ich als junger Mensch mit ehemaligen Angehörigen der Roten Armee führte, die nach 1945 erstmalig wieder deutschen Boden betraten, sind mir gut in Erinnerung. Obwohl sie selbst Familienangehörige durch die Faschisten verloren hatten, waren sie der Auffassung, dass unsere Aufgabe und gemeinsame Verantwortung darin bestehen muss, ein solches Morden in Zukunft zu verhindern. Schuldig sind nur die Täter und die, die tatenlos wegesehen haben – nicht die nachfolgenden Generationen. Zu solchen Anlässen denke ich manches Mal darüber nach, welche Gedanken und Gefühle meine damaligen Gesprächspartner wohl heute bewegen würden. Landtagspräsidentin Bretschneider dankte am Schluss allen Anwesenden

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

der Gedenkveranstaltung: „Sie zeigen damit Ihr Mitgefühl mit den Opfern. Und Sie stehen, jeder Einzelne, mit Ihrer Person dafür, die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, auch und gerade 72 Jahre danach, le-

bendig zu erhalten. Halten wir diesen Moment fest und tun dies gemeinsam – aus Verantwortung und Respekt für die Opfer und aus Verantwortung für die Zukunft. Das sind wir den Opfern schuldig. Und das sind wir der jungen Generation schuldig.“

Seit 1996 gedenkt Deutschland am 27.

Januar der Opfer des Nationalsozialismus. Der damalige Bundespräsident Roman Herzog hatte den Gedenktag angeregt; am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das deutsche Vernichtungslager Auschwitz.

Bernd Rosenheinrich

## Erinnern – Betrauern – Wachrütteln

Veranstaltung in Ueckermünde zum Gedenken an die Opfer der Euthanasie



Fotos: Landesverband Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern e. V.



Die Landesgedenkveranstaltung „Erinnern, Betrauern, Wachrütteln“ zum Gedenken an die psychisch kranken und behinderten Opfer des Nationalsozialismus fand am 27. Januar zum zweiten Mal im Seebad Ueckermünde statt – in einer Stadt mit einer psychiatrischen Klinik mit langer Tradition. Diese zentrale Landesveranstaltung zur Erinnerung an die furchtbaren Verbrechen des NS-Regimes veranstaltete der Landesverband Sozialpsychiatrie MV e.V. gemeinsam mit dem Landesverband M-V der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker e.V. sowie vielen weiteren regionalen Partnern. Jährlich wechselt der Ort der Landesgedenkveranstaltung jeweils an die aus historischer Sicht bedeutsamen Orte, wie Stralsund, Rostock, Schwerin, Wismar und Ueckermünde. Menschen mit Behinderung stehen mit letztgenannter Stadt im Mittelpunkt des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Etwa

300.000 behinderte und kranke Menschen wurden damals in ganz Europa systematisch getötet. Sie galten als „Volksschädlinge“ und wurden als „lebensunwert“ aussortiert, an ihnen erprobten die Nazis den späteren millionenfachen Mord an den Juden. Das grausame Euthanasie-Programm verbarg sich hinter dem Decknamen T4 – benannt nach der Zentrale in der Berliner Tiergartenstraße 4, wo das Töten geplant und verwaltet wurde.

Rund 200 Menschen gedachten am Vormittag während der Kranzniederlegungen am Mahnmal „Verloren sein“ auf dem Areal des AMEOS Diakonieklinikums Ueckermünde der systematisch in Tötungsanstalten ermordeten Opfer des Nationalsozialismus. Der Leitende Chefarzt der Psychiatrie der AMEOS Klinik Anklam-Pasewalk-Ueckermünde, Dr. Kinder, die Pfarrerin und Krankenhauseelsorgerin Dorothea Büscheck, die Vorsitzende des Landesverbands Sozialpsychiatrie MV,

Sandra Rieck, und der Bürgermeister der Stadt Ueckermünde, Gerd Walther, fanden die richtigen Worte, die mahnend, erinnernd und emotional dazu aufriefen, derartige Geschehnisse zu verachten und niemals wiederkehren zu lassen. Mit dem Niederlegen von Kränzen und Blumen setzten viele ein Zeichen gegen nationalsozialistisches Gedankengut, das leider auch im Nordosten Deutschlands auf fruchtbaren Boden fällt.

Der zweite Teil der Gedenkveranstaltung fand im Bürgersaal des Seebades Ueckermünde statt und wurde mit einem Programm der Singegruppe der psychosozialen Einrichtungen der Volkssolidarität Uecker-Randow e.V. eröffnet. Der Parlamentarische Staatssekretär Vorpommern-Greifswald, Patrick Dahlemann, richtete sein Grußwort an psychisch kranke und behinderte Menschen, an viele Mitarbeiter sozialpsychiatrischer Einrichtungen sowie an interessierte Gäste. Sehr anschau-

lich, mit Auszügen aus Krankenakten, mit persönlichen Briefen und Patientenlisten, sprach Dipl.-Med. Wolfgang Kliewe, Chefarzt i.R., zum Thema „Ver-nichten oder Heilen“ und besonders zu den Umständen der Euthanasie in der damaligen Landesheilanstalt Ueckermünde zur Zeit des Nationalsozialismus. Weitere Beiträge zu diesem Thema kamen von Psychatriererfahrenen, Betroffenen und dem Dachverband der Gemeindepsychiatrie.

Im Bürgersaal war gleichzeitig eine Ausstellung der Akademie der Künste, Berlin, mit dem Titel „Kinder im Exil“

aufgebaut. Die Ausstellung und die in Ueckermünde begleitenden Projekte zeigten Migration auch heute als Herausforderung und Bereicherung.

Im Teil 3 der Gedenkveranstaltung versammelten sich viele Menschen zum „Marsch des Lebens“, der von der Arche Ueckermünde organisiert war. Er führte entlang der Stolpersteine, die seit 2005 an Leben und Schicksal der jüdischen Mitbürger und Nachbarn erinnern. Hingewiesen wurde damit auf die gegenwärtige Zeit, in der Fremdenhass die Straßen erobern will, und ein Zeichen gesetzt gegen Rassis-

mus und Antisemitismus.

Angesichts des weltweit zunehmenden Rechtspopulismus und Nationalismus betonte die Vorsitzende der Bundesvereinigung der Lebenshilfe und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Ulla Schmidt: „Als Demokraten müssen wir alle dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderung nicht ausgegrenzt werden. Sie gehören in die Mitte der Gesellschaft, und sie müssen sich darauf verlassen können, dass ihr Lebensrecht niemals wieder in Frage gestellt wird.“

*Brigitte Seifert*

## Im Gespräch mit Politikern unseres Landes

### Antrittsbesuch des LSB bei Ministerin Stefanie Drese und den Fraktionen von SPD und LINKE

Im November 2016 empfing die neue Sozialministerin Stefanie Drese den Vorstand des Landesseniorenbeirats M-V zu einem Antrittsbesuch. In sehr guter und offener Atmosphäre tauschte man sich zu den aktuellen Themen der Seniorenpolitik in unserem Land aus. Weitere Treffen des

Landesseniorenbeirats mit Landespolitikern gab es im Januar 2017 mit der Vorsitzenden der Linksfraktion, Simone Oldenburg, sowie dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Thomas Krüger.

Themen in den Gesprächen waren die Umsetzung der Handlungsemp-

fehlungen der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ und die Erwartungen des Landesseniorenbeirats hierzu an die Landespolitik, speziell der Wunsch nach einem seniorenpolitischen Konzept für Mecklenburg-Vorpommern. ■



*Am Ende eines guten Gesprächs (v.l.n.r.): LSB-Vorstandsmitglieder Monika Schmidt, Brigitte Seifert, Ministerin Stefanie Drese, Siegfried Schwinn (LSB-Vorstand), Claudia Ring (Referatsleiterin für Seniorenpolitik) und Bernd Rosenheinrich (LSB-Vorsitzender)*



*Thomas Krüger (links) im Gespräch mit Bernd Rosenheinrich, Siegfried Schwinn, Brigitte Seifert und Anett Müller (v.r.n.l.)*

*Foto: SPD-Fraktion*

***Dass man sich nicht mehr darum kümmern muss,  
es Anderen recht zu machen, ist einer der großen Vorteile des Alters.***

*Daniel Friedman, US-Schriftsteller*

Wortmeldung:

## Zahnbehandlung ist für viele unbezahlbar

Immer mehr Menschen verzichten aus finanziellen Gründen auf den Zahnarztbesuch, weil die Kosten für Zahnersatz immer weiter steigen. Das zeigt deutlich, wie sich eine sozial ungerechte Gesundheitspolitik konkret auswirkt. Der Sozialverband VdK, dem ich angehöre, setzt sich für eine gerechte Gesundheitspolitik ein.

Der Zustand der Zähne ist oft ein Indiz für die Einkommenshöhe. Neueste Zahlen des Bundesgesundheitsministeriums weisen aus, dass private Haushalte in Deutschland 2005 für Zahnersatz rund 2,62 Milliarden Euro zusätzlich zu den von den Krankenkassen übernommenen Kosten bezahlten. 2010 waren es schon 3,02 Milliarden und 2014 sogar 14 Milliarden Euro. Neuere Zahlen liegen nicht vor. Gleichzeitig verzichten immer mehr Menschen auf den

Zahnarztbesuch und die notwendige Zahnsanierung. Finanzielle Gründe geben die meisten Befragten beim VdK an. Auch eine Zahnzusatzversicherung, die teilweise Kosten übernehmen würde, könne sich nicht jeder leisten.

Schlechte Zähne sind weit mehr als ein ästhetisches Problem. Unbehandelte Entzündungen im Mundraum führen zu Zahnverlust und erhöhen das Risiko für Diabetes- und Herzkrankungen. Der VdK fordert, dass die Regelversorgung dem aktuellen medizinischen Standard angepasst wird. Menschen mit geringem Einkommen müssen einen festsitzenden Zahnersatz ohne Eigenanteil erhalten.

Viele Ältere mit kleinen Renten verzichten meistens aus Kostengründen auf die Anschaffung einer neuen Brille, eines Hörgeräts oder orthopädi-

sche Schuhe. Damit steigt aber das Risiko zum Beispiel der Sturzgefahr. Dies alles zeigt, dass Armut krank macht! Außerdem nimmt die soziale Isolation zu, denn wer etwa keine ordentlichen Schuhe hat, geht nicht mehr aus dem Haus. Also: Das „Abkassieren“ bei den Hilfsmitteln muss beendet werden, fordert der VdK.

Derzeit werden alle Kostensteigerungen im Gesundheitswesen ungedeckt als Zusatzbeiträge auf die Versicherten abgewälzt, während der Arbeitgeberbeitrag eingefroren bleibt. Es könne doch nicht sein, dass der Arbeitgeber auf Dauer außen vor bleibe, fordert der VdK und war deshalb schon beim Bundesgesundheitsminister vorstellig.

*Siegfried Schwinn*

*Vorsitzender des*

*Seniorenbeirats Schwerin*

## Aus der Geschäftsstelle des Landesseniorenbeirats

Arbeitsberatungen im zweiten Quartal 2017: 4. April, 2. Mai und 6. Juni

### Die meisten Senioren leben in Deutschland

Laut Statistischem Bundesamt beläuft sich die Zahl der Menschen in Deutschland, die 65 Jahre und älter sind, auf fast 17 Millionen. Viele Menschen gehen allerdings schon deutlich früher in den Ruhestand. Derzeit werden in der Bundesrepublik rund 25 Millionen Renten ausbezahlt. Nirgendwo in Europa ist der Anteil der Bevölkerung im Seniorenalter so hoch wie in Deutschland. Nach Angaben von Eurostat sind 20,6 Prozent älter als 65 Jahre. Es folgen Italien, Griechenland, Portugal und Bulgarien. Endplätze nehmen Island, Irland und Mazedonien mit rund zwölf Prozent ein. Das Land mit der jüngsten Bevölkerung in Europa ist Irland (11,6 Prozent). Bei den Ländern mit der höchsten Lebenserwartung liegen San Marino, die Schweiz und Island an der Spitze; den Schluss bilden das Kosovo, Russland und die Ukraine. ■

### Mehrere Generationen sitzen im Bundestag

54 Jahre liegen zwischen dem ältesten und der jüngsten Abgeordneten im gegenwärtig 18. Deutschen Bundestag. Alterspräsident ist Prof. Dr. Heinz Riesenhuber (Jahrgang 1935), jüngste Abgeordnete Ronja Schmitt (Jahrgang 1989). Beide gehören der CDU-Fraktion an. Dienstältester Abgeordneter ist Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble (Jahrgang 1942), der seit 1972 und damit in seiner zwölften Wahlperiode im Bundestag sitzt. Der Anteil der Frauen hat sich von 32,8 in der 17. Wahlperiode auf heute rund 36 Prozent erhöht. Die Altersspanne der 530 Abgeordneten umfasst mehrere Generationen. Zu den Berufen gehören Kauffrauen, Ärzte, Hausfrauen, Musikerinnen und Journalisten. Die größten Gruppen der Abgeordneten stellen die Beamten (112) und Selbstständigen (168) dar. Neun Abgeordnete sind noch in der Ausbildung. ■

## Lebensqualität steigt spürbar

Sozialministerin Stefanie Drese eröffnete Pflgeherapeutisches Zentrum in Altentreptow

Sozialministerin Stefanie Drese hat sich für eine weitere Stärkung der häuslichen, ambulanten und teilstationären Pflege ausgesprochen: „Die meisten Menschen möchten ihren Lebensabend so lange wie möglich zu Hause verbringen. Dieser Wunsch muss auch angesichts der stark steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen sozialpolitisch und gesellschaftlich noch stärker als bisher berücksichtigt wer-

den.“ Anlass war die Eröffnung des Pflgeherapeutischen Zentrums in Altentreptow, das nach Worten der Ministerin eine spürbare Verbesserung der Lebensqualität schaffe. Unterschiedliche Therapieformen insbesondere für Menschen mit dementiellen Erkrankungen würden angeboten, in deren Mittelpunkt die Fähigkeit jeder einzelnen Person steht, den Alltag zu bewältigen und für sich zu sor-

gen. Außerdem unterstützt das Therapiezentrum pflegende Angehörige und informiert über Pflegeleistungen und Angebote. „Pflegerische Angehörige, meist Frauen, nehmen eine überaus wichtige Rolle in der Pflege ein“, sagte Stefanie Drese. Altentreptow sei Vorreiter bei der praktischen Umsetzung des Pflegeleistungsgesetzes II. „Ich hoffe, dass noch viele Einrichtungen im Land folgen werden.“

## Bei der Pflege gut aufgestellt

Im Mittelpunkt steht weiterhin die Betreuung im gewohnten Umfeld

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ist in den vergangenen Jahren weiter gestiegen. Fast 80.000 Menschen waren es Ende 2015. Das sind nach Angaben des Statistischen Amtes M-V 6.700 mehr als zwei Jahre zuvor. Sozialministerin Stefanie Drese geht davon aus, dass diese Entwicklung auch in den kommenden Jahren anhalten und die Zahl pflege-

bedürftiger Menschen weiter steigen werde. „Wir sind auf diese Situation eingestellt“, sagte die Ministerin. „In allen Landkreisen und kreisfreien Städten gibt es Pflegestützpunkte, die pflegebedürftige und deren Angehörige unabhängig und fachkundig beraten. Dieses Netz werden wir weiter ausbauen.“ Das Land werde weiterhin die ambulante Pflege in den Blick nehmen. So

lange es sinnvoll und medizinisch verantwortbar sei, sollte die Pflege zu Hause oder teilstationär stattfinden. Gleichzeitig machte Stefanie Drese deutlich, dass mit dem steigenden Bedarf bei der Pflege auch zusätzlich Fachkräfte benötigt werden. Qualifiziertes und engagiertes Personal sei aber nur bei der entsprechenden Anerkennung und Bezahlung zu bekommen. ■

## Stärkung der häuslichen und ambulanten Pflege

In M-V ist das Risiko, pflegebedürftig zu werden, bundesweit am höchsten

Sozialministerin Stefanie Drese fühlt sich durch die Ergebnisse des aktuellen Pflegereports der Krankenkasse BARMER bestätigt. Schon jetzt würden 26,3 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause mit Hilfe eines ambulanten Dienstes versorgt. Damit liege das Land deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 23,5 Prozent. 48 Prozent werden ausschließlich durch Angehörige gepflegt. „Die meisten Menschen möchten ihren Lebensabend so lange wie möglich zu Hause verbringen. Diesen Wunsch möchte ich sozialpolitisch noch mehr als bisher berücksichtigen. Daher setze ich auf die weitere Stärkung der häuslichen und ambulanten Pflege“, sagte die

Ministerin. Die BARMER unterstützt pflegende Angehörige durch individuelle häusliche Schulungen und Pflegekurse. Landesgeschäftsführer Henning Kutzbach nutzte den Antrittsbesuch bei der Ministerin, um Ergebnisse aus der Studie vorzustellen. Danach steige nach Berechnungen der Krankenkasse die Zahl der Pflegebedürftigen im Land bis 2050 auf 118.000 Personen. Derzeit sind 80.000 Personen auf Hilfe bei der Pflege angewiesen. In Mecklenburg-Vorpommern ist das Risiko, pflegebedürftig zu werden, bundesweit am höchsten. Bei den über 60-Jährigen beträgt die Wahrscheinlichkeit 4,5, in Bayern nur 2,6 Prozent.

„Vor diesem Hintergrund müssen wir die pflegenden Angehörigen unterstützen“, sagte Henning Kutzbach. Für die Betreuung durch professionelle Anbieter fehle aber zusätzlich qualifiziertes Personal. Sozialministerin Drese machte darauf aufmerksam, dass dieses jedoch nur bei der entsprechenden Anerkennung und Bezahlung zu bekommen sei. Die Dringlichkeit des Problems zeige sich darin, dass laut Pflegereport der BARMER in M-V rein rechnerisch im Jahr 2013 rund 17 000 Vollzeitstellen zur Verfügung standen. Bis 2030 werde der Bedarf auf 25 000 Stellen steigen. Auf 100 Pflegebedürftige kommen 29 Heimplätze. ■

## Barrierefreiheit als dauerhafte Aufgabe

Fast die Hälfte aller Arztpraxen im Land kann per Rollstuhl erreicht werden

Anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen hat Sozialministerin Stefanie Drese dauerhafte Anstrengungen für eine inklusive Gesellschaft gefordert. „Menschen mit Behinderungen müssen in die Lage versetzt werden, uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“, sagte sie auf einer Festveranstaltung des Allgemeinen Behindertenverbands MV in Neu-

brandenburg. Als Beispiel nannte sie die Erreichbarkeit von Arztpraxen für Menschen mit Behinderungen. „Fast die Hälfte der Praxen im Land ist rollstuhlgerecht. Aber Barrierefreiheit bedeutet mehr. Es gilt auch, auf die Bedürfnisse der Menschen mit Seh- oder Hörbehinderungen einzugehen. Barrierefreiheit ist kein Projekt, das irgendwann abgeschlossen ist, sondern eine dauerhafte Aufgabe, deren Umset-

zung immer wieder überprüft werden muss.“ Bis 2021 will die Landesregierung die Barrierefreiheit im Land weiter ausbauen. Dazu gehören der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs durch barrierefreie Zubringerdienste im ländlichen Raum und die Schaffung eines altersgerechten und barrierefreien Wohnumfelds als Schwerpunkt in der Städtebau- und Wohnraumförderung. ■

## Gutes Netzwerk ist erforderlich

Sozialministerium unterstützt Kommunen bei der ambulanten Pflegeplanung

Das Sozialministerium will die Rolle der Kommunen in der Pflege stärken und stellt für dieses Jahr 650.000 Euro zur Unterstützung einer integrierten Pflege-sozialplanung und begleitender Projekte vor Ort zur Verfügung. Entsprechende Zuweisungsverträge schließt Ministerin Stefanie Drese in diesen Wochen mit allen sechs Landkreisen und den beiden kreisfreien Städten Rostock und Schwerin. „Die meisten Menschen wollen ihren Lebensabend so lange wie möglich zu Hause verbringen. Diesen Wunsch möchte ich sozialpolitisch

noch stärker als bisher berücksichtigen“, betont Stefanie Drese. Deshalb solle die Pflegeplanung an den Bedürfnissen jedes einzelnen Menschen, an seiner individuellen Lebenssituation und an seinen Beeinträchtigungen und Fähigkeiten ausgerichtet sein.

„Wenn die Kommunen mit den weiteren vor Ort im Pflegebereich tätigen Akteuren ein gutes Netzwerk aus häuslicher, ambulanter und teilstationärer Pflege etablieren, wird die Aufnahme in stationäre Pflegeeinrichtungen verhindert oder verzögert. Das liegt im In-

teresse der Pflegebedürftigen, die in ihrem vertrauten Umfeld bleiben können, und hilft, die wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen zu bewältigen.“

Um die entsprechenden Bedingungen zu schaffen, gibt es finanzielle Hilfe vom Land. Die Verteilung der Mittel für die Pflegesozialplanung erfolgt nach der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner des jeweiligen örtlichen Trägers über 65 Jahre im Verhältnis zur Gesamtzahl dieser Einwohnergruppe in unserem Bundesland. ■

## Noch mehr Kenntnisse über die Krankheit

Ministerin übergibt Förderbescheid zum Aufbau eines Kompetenzzentrums Demenz

Für das neue Modellprojekt „Kompetenzzentrum Demenz M-V“ hat Sozialministerin Stefanie Drese der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, einen Förderbescheid des Sozialministeriums in Höhe von mehr als 50 000 Euro überreicht. Das Modellprojekt startet am 1. März und wird mindestens drei Jahre laufen. Der Landesverband der Pflegekassen beteiligt sich mit der gleichen Summe an dem Projekt.

Das Thema Pflegebedürftigkeit und Demenz gewinnt nach Ansicht von Ministerin Drese mehr und mehr an Bedeutung, da die Zahl der Pflegebedürftigen von heute landesweit über 79.000 in den nächsten Jahren weiter deutlich steigen wird. 38 von 100 Pflegebedürftigen – das sind in unserem Bundesland fast 30.000 Personen –, brauchen vor allem infolge demenzbedingter Fähigkeitsstörungen bei der Bewältigung des täglichen Lebens eine dauerhafte

Betreuung. Tendenz: steigend.

Die Vorsitzende des Landesverbands der Alzheimer-Gesellschaft, Kathrin Ruhkieck, betonte: „In Gesprächen mit Betroffenen wird schnell deutlich, dass es nicht nur an Kenntnissen über die Krankheit und ihren Verlauf fehlt, sondern auch an Informationen über Behandlungs-, Unterstützungs- und Entlastungsmöglichkeiten.“ Angestrebt wird eine enge Zusammenarbeit mit den Pflegestützpunkten. ■

# Ostrentner sind noch immer benachteiligt

Beirat Neubrandenburg schrieb einen offenen Brief an alle Politiker

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Seit nunmehr bereits im 27sten Jahr nach dem Einigungsvertrag und der Wiedervereinigung werden Ostrentner noch immer benachteiligt, sind die im Grundgesetz verankerten gleichwertigen Lebensverhältnisse nicht erreicht worden. Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag blockieren seit Jahren alle Vorschläge von Gewerkschaften, Sozial- und Interessenverbänden, diese Benachteiligung und damit Schlechterstellung der Ostrentnergenerationen zu beenden. Absichtserklärungen in Koalitionsvereinbarungen und Versprechungen selbst der Kanzlerin wurden nicht eingehalten. Das führte zwangsläufig zum Vertrauensverlust in die Bundesregierung und den Bundestag. Mit der Agenda 2010 wurden die Bedingungen für die Arbeits- und Alterseinkommen in unserem Land generell verschärft. Dadurch hat sich das Rentenniveau verringert, und eine zunehmende Altersarmut ist zu erkennen. Zudem sind die im Einigungsvertrag von 1990 vereinbarten Angleichungen der Lebensbedingungen im Anschlussgebiet in eklatanter Weise vernachlässigt worden.

Derzeitige Entscheidungen und Vorschläge zur Rentenentwicklung verunsichern mehr, als dass sie zu Lösungen führten. Das so genannte Gesamtpaket zur Rentenentwicklung steht voll im Zeichen des „Weiter wie gehabt“. Dabei ist klar, dass Verbesserungen für die Riesterreute oder die betriebliche Altersversorgung trotz höherer staatlicher Zulagen und Steuernachlässe nicht die Probleme der wachsenden Altersarmut lösen können, sie belasten den Steuerzahler und dienen vor allem der Versicherungswirtschaft. Hinzu kommt die Erfahrung, dass kapitalgedeckte Anlagen den Schwankungen des Finanzmarktes unterliegen. Die zwingend notwendige Erhöhung des Rentenniveaus ist nicht Gegenstand der Vorhaben. Das wird mit Halte-

linien erklärt. Es entspricht nur den Forderungen des Arbeitgeberverbands, damit die Unternehmer von höheren paritätischen anteiligen Beitragszahlungen verschont werden, „der Wettbewerbsfähigkeit wegen“.

Die Angleichung des Rentenwertes Ost an West soll weiter verzögert werden. Diese Angleichung ist eine Schuld des Vereinigungsprozesses und eine große Ungerechtigkeit. Es betrifft sowohl die Angleichung des aktuellen Rentenwertes als auch die Umwertung der immer noch niedrigeren Arbeitseinkommen in den östlichen Bundesländern zu annähernd gleichen Rentenanwartschaften. Die Finanzierung wäre ein gesamtgesellschaftliches Anliegen und folglich aus Steuermitteln zu sichern. Dazu wären nach dem Grundsatz Eigentum verpflichtet, Steuern von den Millionären und Milliardenären einzuziehen möglich ohne die Wirtschaft zu beeinträchtigen. Wenn man die Suche nach Lösungen immer wieder nur auf das Finanzielle reduziert, findet man immer Hindernisse. Die Rentenangleichung ist eine Frage des politischen Willens.

Die ganze Rentendiskussion wird zurzeit begleitet von solchen Vergleichen wie: Kinder seien mehr als über 65-Jährige armutsgefährdet, höhere Ostrenten seien dem Westrentner nicht vermittelbar, Rentner leben von den Beiträgen der Werktätigen. Solche Un- und Halbwahrheiten haben den Anschein des gezielten gegeneinander Ausspiels. Bedenklich ist, dass solchen Un- und Halbwahrheiten nicht offiziell widersprochen wird. Das alles wäre bei realer Auswertung eigener

Statistiken widerlegbar. Auch darin zeigt sich, dass der Wille zu einer realen und sozialen Rentenlösung fehlt. Viele Kinder der heutigen Ostrentner leben und arbeiten heute in den alten Bundesländern und das seit Jahrzehnten. Sie sind die Beitragszahler in die deutsche Rentenversicherung.

Veränderungen sind notwendig.

Noch immer erhalten, bedingt durch das niedrige Einkommen und den geringeren Rentenwert, Ostrentner deutlich niedrigere Renten als Westrentner, obwohl sie länger arbeiten. Noch immer bestehen Ungerechtigkeiten aus der Rentenüberleitung gegenüber Personen und ganzen Berufsgruppen im Osten. Die vom Unrecht Betroffenen fühlen sich ihrer Würde beraubt und sind folglich im Glauben an den Rechtsstaat erschüttert. Es ist nicht im Sinne des Grundgesetzes, noch weitere acht Jahre die notwendigen Entscheidungen hinauszuzögern.

Deshalb fordern wir:

1. Die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken und das Rentenniveau zumindest zu halten oder wieder auf 53 Prozent des Durchschnittsarbeitseinkommens zu erhöhen.
2. Eine schnellere Rentenwertangleichung Ost an West.
3. Konkrete Schritte zur Beseitigung noch bestehender Überführungslücken und Ungerechtigkeiten aus der Rentenüberleitung und die Beseitigung des Rentenstrafrechts.
4. Im Zusammenhang mit der Vereinheitlichung des Rentenrechts und der Anhebung des Rentenwertes Ost die Erarbeitung von Lösungen der Umwertung der immer noch niedrigeren Arbeitseinkommen in den östlichen Bundesländern.

Diese Forderungen sollen dazu beitragen, auch die innere Einheit in der Bundesrepublik zu verwirklichen, sie wird nur dann glaubhaft, wenn auch die soziale Einheit erreicht wird.

Wir freuen uns über die Unterstützung durch die Gewerkschaften und werden gemeinsam mit dem DGB den notwendigen Druck erzeugen. Zeigen Sie, dass Sie uns verstanden haben.

*Seniorenbeirat  
der Stadt Neubrandenburg*

**Antwort siehe folgende Seiten**



## Eckhardt Rehberg

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied des Haushaltsausschusses  
Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern  
-Der Vorsitzende-

Eckhardt Rehberg MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Herrn Vorsitzenden  
Peter Lundershausen  
Seniorenbeirat der Stadt Neubrandenburg  
Friedrich-Engels-Ring 53  
17033 Neubrandenburg

Platz der Republik 1  
Büro: Paul-Löbe-Haus, Zi. 6.236  
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 75613  
☎ (030) 227 - 76570  
✉ eckhardt.rehberg@bundestag.de  
🌐 www.eckhardt-rehberg.de

Berlin, 2. Februar 2017

Sehr geehrter Herr Lunderhausen

sehr geehrte Damen und Herren des Seniorenbeirates der Stadt Neubrandenburg,

am 18. Dezember 2016 haben Sie einen „Offenen Brief an alle Politiker“ verfasst und politischen Entscheidungsträgern in Mecklenburg-Vorpommern zugestellt. Gerne möchte ich Ihnen, auch im Namen der anderen Mitglieder des Deutschen Bundestages der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Mecklenburg-Vorpommerns antworten und mich auf die wesentlichen Punkte Ihres Schreibens beziehen.

Vorweg lassen Sie mich erwähnen, dass ich ausschließlich im Osten gelebt habe und seit fast 27 Jahren Politik für ostdeutsche Interessen versuche durchzusetzen. Genau deshalb werde ich Ihnen widersprechen, denn es ist meine Aufgabe, gesamtgesellschaftliche und generationsübergreifende Belange in meiner politischen Arbeit zu berücksichtigen. Als Bundestagsabgeordneter und Mitglied einer Volkspartei mit dem „C“ im Namen verstehe ich dieses auch als meine Pflicht. Eine einseitige und zukunftsvergessene Politik zugunsten bestimmter Wählergruppen wäre fahrlässig. Es erfordert sicherlich Mühe und Anspruch, historische Gegebenheiten und gegenwärtige Realitäten anzuerkennen. Doch der Streit um tragfähige Lösungen lohnt sich.

- Schlechterstellung ostdeutscher Rentner

Sie sprechen in besagtem Schreiben von der „Schlechterstellung der Ostrentnergenerationen“, die „noch immer benachteiligt“ würden. Die sogenannte „Eckrente“, die das Standardrentenniveau in Deutschland beschreibt, skizziert jedoch ein anderes Bild der Wirklichkeit. Demnach liegt die Eckrente im Osten Deutschlands über dem West-Wert. Die Gründe dafür basieren auf den weitaus längeren Lebensarbeitszeiten der ostdeutschen Frauen. Durch die Höherwertung der erzielten Löhne nach 1990, die dem bisherigen westdeutschen Rentensystem milliardenschwere Zuschüsse an die ostdeutschen Rentner zubilligte, wird das ost-

Bürgerbüro: Rosa-Luxemburg-Str. 25/26, 18055 Rostock

☎ (0381) 252 2460 ☎ (0381) 252 2485 ✉ eckhardt.rehberg@wk.bundestag.de

deutsche Standardrentenniveau bis heute im Vergleich zum westdeutschen angehoben. Der heute bestehende Vorteil der Hochwertung ostdeutscher Löhne um gut 15 Prozent, gleicht den Nachteil des um knapp 6 Prozent niedrigeren Rentenwerts für die ostdeutschen Arbeitnehmer aus. Zudem sorgen Regelungen bei Witwenrenten und Sonderversorgungen aus dem DDR-System dafür, dass im Osten nachweislich höhere gesetzliche Renten erzielt werden als im Westen.

Persönlich werbe ich seit langem für die Beibehaltung des Status quo im Rentenrecht, da im Fall der Herstellung einer einheitlichen Rentenberechnung zwar formal die als Benachteiligung der Menschen in Ostdeutschland empfundene rentenrechtliche Ungleichbehandlung abgeschafft würde, tatsächlich aber 6 Millionen Beschäftigte in Ostdeutschland schlechter gestellt würden. Dies hat auch der Sozialbereirat der Bundesregierung unterstrichen. Nichtsdestotrotz hat sich die Koalition im Deutschen Bundestag im Koalitionsvertrag darauf verständigt die Rentenangleichung in dieser Wahlperiode auf den Weg zu bringen. Der von den Koalitionsspitzen am 24. November 2016 gefundene Kompromiss zur Rentenangleichung bildet eine vernünftige Grundlage um die Deutsche Einheit auch im Rentenrecht zu vollenden, ohne dabei die Beschäftigten in Ostdeutschland aus dem Blick zu verlieren. Die gefundene Einigung sieht vor, dass die Angleichung der Rentenwerte in Ost und West und das gleichzeitige Abschmelzen der Hochwertung der ostdeutschen Einkommen zum 01. Januar 2018 beginnen und im Jahre 2025 abgeschlossen werden soll. Der entsprechende Gesetzentwurf befindet sich noch in der Ressortabstimmung.

#### - Altersarmut

Mit einer Quote von 1,7 Prozent ist die Altersarmut in Mecklenburg-Vorpommern im bundesweiten Vergleich sehr gering. Eine Studie der Universität Rostock aus 2012 zur Lebenssituation Älterer unseres Landes, die immerhin auch eine Grundlage für eine Landtags-Enquete-Kommission bildete, erweist sich als aufschlussreich:

Während die Volkssolidarität in ihrem Rentenreport 2013 behauptet, 98 Prozent der Ostrentner würden allein von der gesetzlichen Rente leben, stellt die Studie der Uni Rostock eindeutig fest: In Mecklenburg-Vorpommern beziehen rund 34% der Rentnerinnen Mehrfachrenten und erzielen auf diese Weise ein Einkommen, das seit 2004 jedes Jahr anstieg; 2011 betrug es 1.230 Euro. Die Analyse des Bezugs von Mehrfachrenten zeigt, dass es notwendig ist, sorgfältig zwischen den Aussagen zu Renten und Rentnern zu unterscheiden. Eine repräsentative Umfrage von TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales im Jahr 2015 kommt in Bezug auf das Gesamteinkommen von Rentnerhaushalten zu folgenden Ergebnissen. Danach verfügten bei den Rentnerhaushalten mit einer Bezugsperson ab 65 Jahren im Jahr 2015 in den neuen Ländern Ehepaare über ein Nettoeinkommen von durchschnittlich 2 257 Euro, alleinstehende Männer über ein Nettoeinkommen von 1 389 Euro und alleinstehende Frauen über ein Nettoeinkommen von 1 370 Euro je Monat.

Die Armutsgefährdungsquote der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die in Mecklenburg-Vorpommern in der Gruppe der 50 bis unter 65 Jährigen 21,3 Prozent beträgt, basiert auf einer reinen Betrachtung der Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf. Vermögenswerte, betriebliche Altersvorsorge und vor allem die Hochwertung der ostdeutschen Einkommen um gut 14 Prozent finden hier keine Berücksichtigung. Auf dieser Datengrundlage ist eine Ableitung der Altersarmutsgefährdung nicht haltbar. Eine vorzeitige Rentenangleichung – und sei es auch in Teilschritten – würde einen Wegfall bzw. die Verringerung der derzeitigen Hochwertung der ostdeutschen Einkommen bedeuten. Der gegenwärtige Lohnabstand in den zukünftigen Renten würde im Osten verfestigt und Altersarmut befördert, die gegenwärtig in Mecklenburg-Vorpommern mit 1,7 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt mit 3,1 % liegt.

#### - Lebensbedingungen Ost-West nach 1990

Bei aller Wertschätzung für Ihre Interessensvertretung und Ihre Argumentation ist Ihre Kritik der angeblich ausgebliebenen Angleichung der Lebensverhältnisse im Osten nach 1990 in keiner Weise nachvollziehbar. Grundsätzlich sei erwähnt, dass durch unterschiedliche wirtschaftliche Strukturen der Regionen in Deutschland auch zwischen Nord und Süd und auch innerhalb einzelner Bundesländer keine gleichen Lebensverhältnisse festzuhalten sind. Natürlich bleibt es Anspruch und Ziel der Politik, die Angleichung zu erreichen, jedoch gilt es immer neue Herausforderungen, wie gegenwärtig die Digitalisierung der Wirtschaft oder der teilweise schon eklatante Fachkräftemangel in einigen Regionen zu bewerkstelligen. Ihr Vorwurf negiert leider gänzlich die enormen Verbesserungen der Lebensumstände in den Neuen Bundesländern. Dabei rede ich nicht mal von den materiellen Gütern und der Einkommenssituation, sondern vor allem ist es gelungen, die Schwächsten zu stärken. Rufen Sie sich bitte die Lebenssituation Pflegebedürftiger, chronisch Kranker und älterer Menschen zu DDR-Zeiten in Erinnerung. Rekapitulieren Sie bitte die medizinischen Möglichkeiten der Gegenwart mit der Zeit vor 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Aber bleiben wir bei der Situation der Rentner zum Ende der DDR: Während 1988 der Durchschnittslohn (die hohen Bezüge der Mitarbeiter der Stasi und SED-Funktionäre mit eingerechnet) bei monatlich 1280 Mark lag, betrug die durchschnittliche Altersrente 380 Mark bzw. 480 Mark für diejenigen mit der sogenannten „Freiwilligen Zusatzrente“ (FZR). Der DDR-Historiker Stefan Wolle bemerkt dazu: „Eine Summe, die trotz niedriger Mieten und gestützter Preise ein Leben am Rand des Elends bedeutete. An den Kauf teurer Industrieprodukte jeglicher Art einschließlich Kleidung und Schuhe war überhaupt nicht oder nur selten zu denken. Ein gutes Paar Schuhe kostete beispielsweise 20 Prozent einer Mindestmonatsrente“ (<http://www.superillu.de/print/211811>) Nicht umsonst galt zum Ende der DDR die Reisefreiheit in die Bundesrepublik Deutschland für Rentnerinnen und Rentner. Damit war die Hoffnung verbunden, dass DDR-Rentner gänzlich im Westen bei Angehörigen und Verwandten blieben, um die finanziellen Lasten nicht weiter tragen zu müssen. Die wirtschaftliche und finanzielle Situation brauche ich sicherlich an dieser Stelle nicht erwähnen. Gerne können

wir aber gemeinsam in Archivmaterial schauen, um uns ein umfassendes Bild der Situation in der DDR zu verschaffen.

Fest steht: Die Wiedervereinigung gilt in politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht weltweit als einmalige Erfolgsgeschichte.

Mit diesem Abriss hoffe ich, Ihnen die Sichtweise eines generationsübergreifend denkenden Politikers nahegebracht zu haben. Gerne stehe ich aber auch für weitere Diskussionsbeiträge zur Verfügung. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



4

Wortmeldung: Gerhard Nimmer, Seniorenbeirat Neubrandenburg

## Reaktion auf Eckhardt Rehbergs Brief

Die Antwort von Eckhard Rehberg auf unseren offenen Brief erfolgte im Namen der Mitglieder des Bundestages der CDU Fraktion aus Mecklenburg-Vorpommern. Diese unterstellt, wir verkennen die historischen Gegebenheiten und gegenwärtigen Realitäten. Sie beschönigt die soziale Lage und rechtfertigt das „Weiter so“ in der Rentenpolitik. Dazu bedient er sich unter anderem Falschaussagen und Halbwahrheiten. Die Eckrente liege im Osten über dem Westwert. Zunächst, die Eckrente ist ein fiktiver Rentner, der 45 Jahre durchschnittlich verdient und entsprechend Beiträge in die Versicherung eingezahlt hat. Im Versicherungsbericht der Bundesregierung heißt es zur Wertung rentenrechtlicher Zeiten und Zahlbeträge auf Seite 20, dass der Rentner aus den neuen Bundesländern vier Jahre mehr in die Rente eingezahlt hat und monatlich trotzdem 37,40 € weniger Rente erhält. Bei Frauen sind 11,9 Jahre mehr für die Rente gearbeitet worden. Im Alterssicherungsbericht wird auf den

Seiten 13 und 77 der Anteil der Sicherungssysteme an den Alterseinkommen dargestellt. Danach ist die Gesetzliche Rente in den alten Bundesländern zu 70 % an den Alterseinkommen beteiligt, demgegenüber sind es in den neuen 97 %. Die betriebliche Altersversorgung liegt unter einem Prozent und ist damit unbedeutend.

In der Broschüre „Das Gesamtkonzept zur Alterssicherung“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wird auf Seite 15 das Haushaltsnettoeinkommen verglichen. Danach beträgt es im Jahre 2015 monatlich 211 € weniger als in den alten Bundesländern.

In seiner Antwort sagt Herr Rehberg, dass Altersarmut in M-V nur 1,7 % betrage und damit unbedeutend sei. Diese 1,7% sind Empfänger von Grundsicherung bzw. Sozialhilfe. Das ist weniger als Harz IV, der Eigentumsbehalt liegt bei 2600 €. Armutsgefährdet ist nach offizieller Wertung, wer über weniger als 60% des mittleren Einkommens verfügt. Dazu sagt er nichts. Kürzlich sagte Frau

Wagenknecht aus der Bundestagsfraktion Die Linke, dass 5,1 Millionen Bundesbürger Harz IV erhalten, davon seien 1,7 Millionen Aufstocker, d.h. diese Leistungen zusätzlich zur Arbeit erhalten.

In der Sendung des ZDF vom 22. Januar 2017 zum Thema „Armes reiches Deutschland – Rentner in Not“ wurde aus Forschungsergebnissen des DIW berichtet. Eine Aussage hieß, dass ca. 1 Million Rentner in Minijobs tätig seien, deren Problem die steigenden Mieten sind. Sie würden auch vielfach von der Tafel Gebrauch machen.

Im abschließenden Abschnitt sagt Rehberg, die Angleichung der Lebensverhältnisse sei den Entwicklungsbedingungen entsprechend unterschiedlich. Das mittlere Arbeitseinkommen ist in den 16 Bundesländern unterschiedlich, aber in den neuen Bundesländern deutlich niedriger. Dennoch gibt es nur zwei unterschiedliche Rentenwerte. Das ist Folge des Einigungsprozesses,

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

der immer noch nicht auf sozialer Basis erfolgt ist. Außerdem gibt es monatlich in M-V stets überdurchschnittliche Arbeitslosenzahlen.

Herr Rehberg vergleicht die Entwicklung aus der DDR-Zeit mit dem heutigen Niveau. Dabei lässt er einen DDR Historiker sprechen, der uns ein Leben

am Rand des Elends erlebt haben sah. Das heißt, er hätte jetzt mehr Dankbarkeit von uns erwartet. Offenbar ist ihm entgangen, dass wir über ein viertel Jahrhundert in der BRD leben und das Grundgesetz auch bei uns angewandt sehen wollen. Das Rentenkonzept der Bundesregierung sieht für die Gesetzliche Rente nur Haltelinien für das Rentenniveau und für die Beitragszahlen

vor, die Rentenwertangleichung wird bis auf das Jahr 2025 gestreckt.

Wesentlich mehr werden die Riesterrente und die betriebliche Altersversorgung ausgebaut, mit mehr Förderung und Steuerbegünstigung. Das alles wirkt in M-V kaum oder wenig, da bei uns wenig tarifvertragliche Bindung sowohl nach Betrieben als auch nach Beschäftigten gegeben ist. ■

## Angleichung des Rentenwertes Ost an West

### Eine unendliche Geschichte!

In den Bundestagswahlkämpfen der letzten Jahre spielte die Angleichung des Rentenwertes Ost an West immer eine große Rolle. Von Parteien wurde im Falle eines Wahlsiegs eine zügige Angleichung versprochen. Leider ist es nach den Wahlen immer sehr still geworden, die Angleichung findet in der Politik, in Diskussionen und in den Medien nur unzureichend statt.

Mit Interesse hatten die Senioren die Ausführungen der Bundeskanzlerin zu dieser Thematik auf dem 9. Seniorentag in Leipzig zur Kenntnis genommen. „Ich stehe dazu, dass wir eine solche Angleichung von Ost und West brauchen. Ich würde, wenn Sie mich nach dem Zeitrahmen fragen, sagen, dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird.“

Erfreut nahmen wir damals zur Kenntnis, dass dieses Anliegen auch im folgenden Koalitionsvertrag von CDU und FDP seinen Niederschlag fand. Leider mussten wir dann im Verlaufe der letzten Legislaturperiode feststellen, dass es keinerlei Aktivitäten zur Einlösung dieses Punktes des Koalitionsvertrages gab.

Im folgenden Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD wurde erneut die Angleichung im Punkt **„Angleichungsprozess Ost-West fortsetzen“** thematisiert: „Der Fahrplan zur vollständigen Angleichung, gegebenenfalls mit einem Zwischenschritt, wird in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz festgeschrieben: Zum Ende des Solidarpakts,

*also 30 Jahre nach Herstellung der Einheit Deutschlands, wenn die Lohn- und Gehaltsangleichung weiter fortgeschritten sein wird, erfolgt in einem letzten Schritt die vollständige Angleichung der Rentenwerte. Zum 1. Juli 2016 wird geprüft, wie weit sich der Angleichungsprozess bereits vollzogen hat, und auf dieser Grundlage entschieden, ob mit Wirkung ab 2017 eine Teilangleichung notwendig ist.“*

Mit dem nun von der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles vorgelegten Fahrplan sind wir bereits im Jahr 35 der Herstellung der deutschen Einheit angekommen. Wer 1990 in Rente gegangen ist, müsste 100 Jahre alt werden, um die Rentenangleichung zu erleben. Ein unglaublicher Vorgang.

Während die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder die Angleichung bereits mehrfach forderten, ist die Mehrheit der CDU-Abgeordneten der ostdeutschen Länder, wie aus einem Brief der Arbeitsministerin an den Seniorenbeirat der Hansestadt Rostock hervorgeht, gegen eine zügige Angleichung. Einer dieser Vertreter ist der ehemalige Fraktionsvorsitzende der CDU des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, Eckhardt Rehberg.

In einem Brief an den Seniorenbeirat der Stadt Neubrandenburg zur zügigen Rentenangleichung meint er: „Eine einseitige und zukunftsvergessene Politik zugunsten bestimmter Wählergruppen wäre fahrlässig.“

Danach führt er weiter aus, dass im Os-

ten nachweislich höhere gesetzliche Renten erzielt werden als im Westen. Das ist richtig. Aber er vergleicht bewusst oder unbewusst Äpfel mit Birnen. Gemäß Rentenüberleitungsgesetz wurden z. B. alle Sonderversorgungssysteme von Polizei, Armee, Post, Bahn, Lehrer oder Verwaltung einschließlich der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung überführt. Im Westen sind diese Personen verbeamtet und beziehen Pensionen, die im Schnitt über der gesetzlichen Rente liegen. Diese fehlen in dem Vergleich. Weiterhin fehlen die Betriebsrenten, freiwillige Versicherungen. Ein korrekter Vergleich ist nur über die Gesamtheit aller Alterseinkünfte Ost-West möglich. Sollte dies nicht bekannt sein?

In der Resolution des 9. Altenparlaments **„Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern“** wurde festgestellt, dass, bezogen auf das Jahr 2012:

- 6.517 von insgesamt 21.009 Grundsicherungsempfängern über 65 Jahre alt waren;
- 9,8 Prozent der Altersrenten der Männer und 52,9 Prozent der Frauen mit ihrem Zahlbetrag unter 706 Euro lagen.
- Der durchschnittliche Zahlbetrag für Bestandsrentner lag bei 1.038 Euro, bei Zugangsrenten nur noch bei 894 Euro.
- Der Anteil unter Grundsicherungsniveau lag bei 25,9 Prozent bei durchschnittlich 44,1 Versicherungsjahren

und bei einem durchschnittlichen Zugangsalter von 63,6 Prozent.

• Im Jahr 2005 erhielten alle Rentenzugänge durchschnittlich um zehn Prozent niedrigere Renten als die Bestandsrentner. Dieser Abstand baute sich, bezogen auf alle Rentenarten, auf über 13 Prozent auf.

Das ist doch das Ergebnis des auch von Herrn Rehberg jahrelang propagierten Standortvorteils Niedrigstlohn für Mecklenburg-Vorpommern und der über Jahre hohen Arbeitslosenquote sowie der hohen Quote von Hartz-IV-Empfängern. Deshalb bezieht heute etwa ein Drittel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur den Mindestlohn mit dem Ergebnis, als Rentner künftig Grundsicherung zu beziehen.

Unser Rentensystem basiert auf dem

Generationenvertrag als ein „Solidar-Vertrag zwischen jeweils zwei Generationen“ als theoretisch-institutionelle Grundlage einer im Umlageverfahren finanzierten dynamischen Rente. Demnach ist doch der Ansatz des spürbar geringeren Lohnniveaus einer Region gegenüber dem Westen für die Höhe der Rente ihrer Menschen falsch. 400.000 Ostdeutsche pendeln täglich in die Westländer. Im Ergebnis der Niedrigstlohnpolitik und der hohen Arbeitslosigkeit haben viele junge gutausgebildete Menschen nach 1990 ihre Heimat und ihre Eltern zurückgelassen und arbeiten und leben im Westen. Die Aufwendungen und Mühen für die Erziehung und Ausbildung dieser jungen Menschen hatten ihre Eltern. Wer profitiert heute davon? Eventuell ließen sich

dann die „milliardenschweren Zuschüsse“ für den Osten relativieren.

„Rekapitulieren Sie bitte die medizinischen Möglichkeiten der Gegenwart mit der Zeit vor 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.“ Was soll dieser Vergleich im Brief aussagen? Ich gehe einmal davon aus, dass die medizinischen Möglichkeiten heute auch deutlich besser sind als die der BRD vor 1990. Da sollten sich 25 Jahre wissenschaftliche Entwicklung schon deutlich bemerkbar machen.

Manche Politiker scheinen in einer eigenen Welt zu leben und meinen, wenn es ihnen gut geht, geht es allen gut. Ein höherer Anreiz für eine Politik im Interesse des Volkes wäre: Wenn es allen gut geht, geht es auch dem Politiker gut.

BeRo

## Enttäuschung in Ostdeutschland

### Seniorenbeirat Rostock schrieb an Bundeskanzlerin und Sozialministerin

Am 12. Dezember 2016 schrieb die Vorsitzende des Seniorenbeirats der Hansestadt Rostock, Erika Drecoll, einen Brief an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, in dem es heißt: „Als Vorsitzende des Seniorenbeirats der Hansestadt Rostock bin ich vom Seniorenbeirat beauftragt, Ihnen noch einmal die Enttäuschung und die Empörung über die nun wieder vertagte Angleichung der Rentenwerte Ost an West auf das Jahr 2025 zu übermitteln. Das ist ein wiederholter Wortbruch, den Sie, Frau Bundeskanzlerin, zulassen.“

Schon viele der jetzigen Rentnergeneration haben die Angleichung nicht mehr erlebt, bei der jetzt vorgesehenen Angleichung im Jahr 2025 wird sich das Thema für sehr viele Rentnerinnen und Rentner ebenso erledigt haben, sie werden nicht mehr in den Genuss der Rentenangleichung und damit der Anerkennung ihrer Lebensleistung kommen. Wir Seniorinnen und Senioren haben den Eindruck, es wird auf eine ‚biologische‘ Lösung hingearbeitet.“

Erika Drecoll hatte bereits 2011 als Präsidentin des 7. Altenparlaments M-V an die Bundeskanzlerin geschrieben (siehe *Seniorenkurier* Nr. 2/2011) und sie daran erinnert, dass sie bereits auf dem Seniorentag in Leipzig 2009 verbindlich äußerte: „Ich würde, wenn Sie mich nach einem Zeitrahmen fragen, sagen, dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird.“ Im Antwortschreiben des Ministerialrats Dr. Achim Bertuleit wurde der Termin 2011 mit Hinweis auf den Koalitionsvertrag bestätigt.

Die Seniorenbeiratsvorsitzende weiter in ihrem Brief: „Wir wurden ‚noch um Geduld gebeten‘. Unsere Geduld ist aber bei weitem überstrapaziert und nun am Ende.“

Da die Höherbewertung der Löhne und Gehälter als Argument für die immer wieder hinausgezögerte Rentenangleichung ins Feld geführt werde, wäre es durchaus möglich, die Abschmelzung der Höherbewertung bis 2025 hinauszuschieben, die Renten-

angleichung jedoch bis 2019 umzusetzen, wie es auch im derzeitigen Koalitionsvertrag vereinbart sei.

Am 12. Dezember 2016 sandte Erika Drecoll auch an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, einen Brief, in dem sie im Namen des Rostocker Seniorenbeirats „die Enttäuschung und Empörung über die nun wieder vertagte Angleichung der Rentenwerte Ost an West auf das Jahr 2025“ ausdrückte. Das sei „ein wiederholter Wortbruch der Bundeskanzlerin“. Schon Viele aus der jetzigen Rentnergeneration hätten die Angleichung nicht mehr erlebt, und bei der jetzt vorgesehenen Angleichung im Jahr 2025 werde sich das Thema für sehr viele Rentnerinnen und Rentner ebenso erledigt haben, „sie werden nicht mehr in den Genuss der Rentenangleichung und damit der Anerkennung ihrer Lebensleistung kommen“.

Von den Schreiben an die Bundeskanzlerin und an die Bundesministerin

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

rin für Arbeit und Soziales wurde auch der Ministerpräsident unseres Bundeslandes, Erwin Sellering, in Kenntnis gesetzt. Erika Drecoll bat ihn namens des Seniorenbeirats um seine weitere Unterstützung, „dass der zuletzt vorgesehene Termin, Angleichung bis 2019, eingehalten wird“. Ministerpräsident Sellering bestätigte in seiner Antwort vom 26. Januar 2017, dass er die Rentenangleichung „bis zum Ende des Solidarpaktes 2019 maßgeblich mit ausgehandelt“ hätte und die Enttäuschung sehr gut verstehen könnte.

„Bundesministerin Nahles hatte im Herbst 2016 einen Gesetzesvorschlag unterbreitet“, hieß es im Brief weiter, „der vorsah, die Angleichung der Rentenwerte in den neuen und alten Ländern in zwei Stufen zum 1. Januar 2020 zu verwirklichen. Leider war in den Gesprächen der Koalition im Bund eine Verständigung auf diese Lösung nicht möglich. Die Verantwortung dafür liegt ganz bei der Bundeskanzlerin und der Bundestagsfraktion

der CDU/CSU. Zahlreiche Bedenken aus den Reihen der Unionsparteien, die vor allem auch aus den neuen Ländern vorgetragen wurden, haben eine rasche Angleichung der Rentenwerte verhindert.“

Damit gebe es in der Koalition keine ausreichende Unterstützung für eine Lösung entsprechend der Vereinbarung des Koalitionsvertrags. „Wenn auch unbefriedigend, so ist doch nach langen Jahren der Verhandlung festzuhalten, dass es überhaupt eine Verständigung auf einen Fahrplan zur Rentenangleichung gegeben hat, der zu einer einheitlichen Rentenbemessung in Ost und West führt.“

Auch Bundesministerin Andrea Nahles antwortete. In ihrem Schreiben vom 20. Januar 2017 wies sie darauf hin, dass „in der deutschen Sozialversicherung die gesetzliche Rentenversicherung der einzige Zweig ist, in dem die deutsche Teilung noch von Bedeutung ist“. Im Koalitionsvertrag sei deshalb vereinbart worden, „die Angleichung endlich umzusetzen. Eine erneute Vertagung des Themas würde

vor allem in Ostdeutschland mit Recht große Enttäuschung auslösen und ist für mich deshalb nicht hinnehmbar.“

Die Bundesministerin betonte: „Ich habe wichtige Teilerfolge erzielen können, aber eben auch akzeptieren müssen, dass in einer Koalition die Umsetzung politischer Ziele nur möglich ist, wenn sich die Koalitionspartner auf ein gemeinsames Ziel und letztlich auch auf gemeinsame Wege, dieses Ziel zu erreichen, verständigen können. Mit dem ersten Angleichungsschritt am 1. Juli 2018 werde eine Anhebung von derzeit 94,1 auf 95,8 Prozent des Westwerts hinzukommen, danach folgen zu jedem 1. Juli unabhängig von der Lohnentwicklung in Ostdeutschland die weiteren Angleichungsschritte mit jeweils 0,7 Prozentpunkten, bis 2024 der Westwert vollständig erreicht ist. „Von jedem dieser Angleichungsschritte, das möchte ich ausdrücklich betonen, werden auch die heutigen Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland profitieren.“

## Menschen mit Demenz bleiben nicht allein

Förderbescheid für den Verein „Neues Landleben e. V.“ in Ziegendorf

Erfolg für das Bundesprogramm „Lokale Allianz für Menschen mit Demenz“: Seit September 2016 sind 128 Allianzen an den Start gegangen. Deutschlandweit werden nun insgesamt 500 Initiativen aus Bundesmitteln gefördert, das Förderziel des Bundesprogramms ist erreicht. Stellvertretend für die neuen Allianzen haben Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, und Staatssekretär Nikolaus Voss, Staatssekretär des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung in Mecklenburg-Vorpommern, in Ziegendorf im Ruhner Land bei Parchim den 500. Förderbescheid an den Verein „Neues Landleben e.V.“ übergeben. „Wir dürfen Menschen, die an Demenz

erkrankt sind, und ihre Familien nicht allein lassen. Besonders auf dem Land sind das Engagement und die Ideenvielfalt der Menschen beim Umgang mit der demografischen Veränderung gefordert“, hob Manuela Schwesig hervor und lobte die Initiativen der Landfrauen aus Ziegendorf. „Mit vielen Projekten belebt der gemeinnützige Verein ‚Neues Landleben‘ über soziale und geografische Grenzen hinweg das gemeinschaftliche Leben auf dem Land“, ergänzte Staatssekretär Nikolaus Voss. „Mir imponiert besonders, wie offen auf Demenzkranke zugegangen wird und die Betroffenen mit vielfältigen Angeboten wie Seniorentreffen oder Musikangebote für Jung und Alt in das Gemeindeleben integriert werden.“

Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz entwickeln Angebote für Betroffene und ihre Familien. Der Verein ‚Neues Landleben e.V.‘ in Ziegendorf hat sich die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe von Menschen mit Demenz und ihren Familien zum Ziel gesetzt. Unter dem Motto: „Treffpunkt Altes Pfarrhaus – Gemeinsam statt einsam“ werden alle Bürgerinnen und Bürger durch die Landfrauen motiviert, sich einzubringen. Neben Seniorentreffen und Musikangeboten für Jung und Alt gehören auch Urlaubsfahrten dazu. Hinzu kommen präventive Angebote, die den Krankheitsverlauf verzögern und Angehörige entlasten können. In Deutschland sind heute bis zu 1,6 Millionen Menschen an Demenz erkrankt.

# Aktiv und kreativ mit den Medien umgehen

## Zweiter medienpolitischer Abend in Schwerin: Vor- und Nachteile der digitalen Kultur

Zum zweiten Mal lud das landesweite Netzwerk der Medienarbeit in Mecklenburg-Vorpommern Medienaktiv M-V zum Dialog ein. Bereits durch die „Medienpolitischen Forderungen an die zukünftige Arbeit der Landesregierung“ hat sich das Netzwerk vor der Landtagswahl im vergangenen Jahr positioniert und die wesentlichen Aufgabefelder für die kommenden Jahre aufgezeigt. Dabei sehen die Expertinnen und Experten vor allem die Aufgaben in fünf Bereichen: Frühkindliche Medienbildung und Familie, Schulische Medienbildung, Außerschulische Medienbildung, Lehramts- und Ausbildung für pädagogische Fachkräfte sowie Medienbildung für Ältere. Eröffnet wurde der Abend durch den Direktor der Landesmedienanstalt Mecklenburg-Vorpommern, Bert Lingnau, gemeinsam



*Der zweite medienpolitische Abend war geprägt vom regen Austausch und den Diskussionen an den Tischen.*

*Foto: Medienanstalt M-V*

mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Heinz Müller. Die Kooperation der Institutionen steht stellvertretend für die weitreichende Zusammenarbeit aller Akteure der Medienbildung, die sich gemeinsam im Netzwerk Medienaktiv M-V engagieren. „Das Thema der Medienkompe-

tenzvermittlung ist wichtiger denn je und gewinnt in Zeiten von Hate Speech (Hass-Äußerungen) und Falschmeldungen im Netz einen immer größeren Stellenwert“, unterstrich Bert Lingnau. An den verschiedenen Thementischen wurden Umsetzungsstrategien pro Aufgabefeld gemeinsam mit Politik und Verwaltung erarbeitet. Das Netzwerk hat es sich zur Aufgabe gemacht, in einen regen Austausch mit der Politik zu treten, um für unser Bundesland die Medienbildung auf eine solide und vor allem flächendeckende Basis zu stellen. Denn ein aktiver, kreativer und selbstbestimmter Medienumgang sichert gesellschaftliche Teilhabe und trägt zur Demokratiebildung und Chancengleichheit bei. Nur kritische Nutzerinnen und Nutzer sind in der Lage, die Vor- und Nachteile der digitalen Kultur einzuschätzen. ■

# Medienkompass Teil II für Mecklenburg-Vorpommern

## Neue Ausgabe stellt Medienbildung für Ältere in den Mittelpunkt

Die Universität Greifswald hat im Auftrag der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern den Medienkompass Mecklenburg-Vorpommern zur Verbesserung der Medienbildung im Land entwickelt. Nun ist der Medienkompass Mecklenburg-Vorpommern speziell für Menschen im mittleren und höheren Alter weiterentwickelt worden. Der Medienkompass Mecklenburg-Vorpommern (II) richtet seine Medienbildungs-Angebote an Menschen der Generationen 50+. Er ist nun als Buch erschienen. Das neue Buch (Format: DIN A5, 206 Seiten) enthält neben einer wissenschaftlichen Einführung knapp 30 unterschiedliche Angebote. Sie beschreiben konkret, wie Medienbildung an Menschen im mittleren und höheren Alter vermittelt werden kann. Es geht u.a. um Smartphones als Reisebegleitende, um Chats und

Blogs zur Kommunikation mit anderen, um Online-Tauschbörsen, um Gesundheits-Apps, um virtuelle Sprechstunden bei Ärztinnen und Ärzten, um Online-Partnerportale oder um die Audio-Aufzeichnung der eigenen Lebensgeschichte. Die Angebote sind so konzipiert, dass sie von Lehrkräften und allen Interessierten in Volkshochschulen, Mehrgenerationenhäusern, Bibliotheken, Senioreneinrichtungen oder Computerclubs genutzt werden können. Der Medienkompass (II) wurde von Prof. Dr. Roland Rosenstock, Anja Schweiger und Christiane Schubert von der Universität Greifswald entwickelt und verfasst. Der Medienkompass (II) hat drei Module, die sich an folgende Altersgruppen wenden:

- Modul 1: Für Menschen, die sich in den letzten Jahren der bezahlten Berufsarbeit befinden

- Modul 2: Für Menschen, die aktiv ihr Älterwerden gestalten
- Modul 3: Für Menschen, deren Lebensmöglichkeiten sich allmählich einschränken

Prof. Dr. Roland Rosenstock: „Die zentrale Schlüsselqualifikation für ein aktives Leben in unserer Gesellschaft ist Medienkompetenz. Aktuelle Studien zeigen, dass ältere Menschen die Möglichkeiten der digitalen Medien noch zu selten nutzen. Ob Partnersuche, Reisen oder der Zugang zu Dienstleistungen der Gesundheitsbranche: Der Medienkompass II zeigt, wie ältere Menschen von den Medien profitieren können.“

Anja Schweiger: „Die gesellschaftliche Teilhabe ist heute ganz wesentlich an die Nutzung medialer Angebote gebunden. Das betrifft Jung und Alt gleichermaßen.“

*Fortsetzung auf Seite 20*

Fortsetzung von Seite 19

Alle Generationen benötigen demnach fundierte Medienbildungs-Maßnahmen, die Ihnen einen kompetenten Zugang zur medialen Gesellschaft ermöglichen. Bert Lingnau, Direktor der Medienanstalt M-V, fügt hinzu: „Der Medienkompass geht u.a. auf die ‚Kooperati-

onsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz in Mecklenburg-Vorpommern‘ zurück, die im April 2015 zwischen der Medienanstalt, der Staatskanzlei, dem Innenministerium, dem Bildungsministerium, dem Sozialministerium sowie dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit geschlossen wurde.

Die Publikation (ISBN 978-3-00-055541-1) ist bei der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern, Bleicherufer 1, 19053 Schwerin erhältlich.

Sie ist außerdem als PDF-Datei unter [www.medienanstalt-mv.de/aktuelles/publikationen/88-der-medienkompass-mecklenburg-vorpommern-ii.html](http://www.medienanstalt-mv.de/aktuelles/publikationen/88-der-medienkompass-mecklenburg-vorpommern-ii.html) herunterladbar. ■

## Auch die Älteren sind eingeladen

### Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern fördert viele Projekte der Kompetenz

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern (MMV) fördert in diesem Jahr rund 20 Projekte im ganzen Land, in denen Medienbildung und Medienkompetenz vermittelt werden. Das hat der Medienausschuss Mecklenburg-Vorpommern, das Entscheidungsgremium der Medienanstalt, beschlossen. Zur Verfügung stehen rund 210.000 Euro. Unterstützt werden Projekte, in denen Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Seniorinnen und Senioren den praktischen Umgang mit Kameras, Licht und Mikrofonen erlernen, um dann eige-

ne Radiosendungen beziehungsweise Fernseh- und Filmbeiträge, die auch in den Offenen Kanälen des Landes gezeigt werden können, zu produzieren. Dabei lernen sie, wie unterschiedliche Medien funktionieren, wie man kritisch mit Medien umgehen sollte und welche medialen Manipulationen möglich sind. Verstärkt gefördert werden auch Medien-Projekte über das Internet, Computerspiele und die so genannten sozialen Netzwerke, ebenso Seminare über Mediensucht und Cybermobbing. Die Vermittlung von Medienkompe-

tenz ist eine der wichtigsten Aufgaben der Medienanstalt M-V. Auch aufgrund der „Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz in Mecklenburg-Vorpommern“, die im April 2015 zwischen der Staatskanzlei, dem Innen-, Bildungs- und Sozialministerium sowie dem Landesdatenschutz und der Medienanstalt geschlossen wurde, gibt die MMV viele medienpädagogische Impulse im Land. Allein im vergangenen Jahr wurden rund 25 Projekte mit insgesamt rund 200.000 Euro unterstützt. ■

## Digitale Stammtische in Mecklenburg-Vorpommern

### Web-Videokonferenz im Senioren-PC-Klub oder der Bibliothek

Nach obigem Motto tauschen sich bundesweit an bereits mehr als 50 Standorten ältere Menschen direkt mit Expertinnen und Experten zu allen Fragen rund um das Internet aus. Im Rahmen des Projekts Digitalkompass kümmert sich die VERBRAUCHER INITIATIVE dabei um die Durchführung dieser Fragerunden, auch digitale Stammtische genannt. Experten von den Landeskriminalämtern oder Datenschützern beantworten Fragen zu Themen wie „Cybercrime – Verbrechen über das Internet“ oder „Tracking bei Tablet, Smartphone & Co.“.

So funktioniert’s:

Moderiert findet die Web-Videokonferenz an einem vorab festgelegten Ter-

min mit einer Dauer von etwa einer Stunde statt. Der Experte wird live zugeschaltet, in einen Senioren-PC-Klub oder z.B. in die Stadtbücherei in der Nähe. Interessierte können aber auch von zu Hause aus teilnehmen. Sämtliche Antworten werden protokolliert, an die Teilnehmenden geschickt und im Portal [www.digital-kompass.de](http://www.digital-kompass.de) allen zur Verfügung gestellt.

In Zukunft werden auch immer mehr Stammtische an öffentlichen, seriösen Orten angeboten, wie Mehrgenerationenhäusern, den Volkshochschulen oder öffentlichen Bibliotheken. „Es hat sich bewährt, wenn sich Profis um die Technik kümmern“, so Rechtsanwalt Guido Steinke von der VERBRAUCHER

INITIATIVE. „Auf diese Weise können sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ganz auf ihre Fragen konzentrieren – und die Antworten natürlich.“ Im Anschluss besteht meist noch die Gelegenheit zum persönlichen Austausch. Die VERBRAUCHER INITIATIVE e.V. ist Partner im Verbundprojekt „Digitalkompass“ des Bundesverbraucherministeriums, das von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und „Deutschland sicher im Netz“ (DsiN) umgesetzt wird. (Siehe [www.digital-kompass.de](http://www.digital-kompass.de))

Mehr Informationen bei Guido Steinke, Rechtsanwalt und Fachreferent 60+, E-Mail: [guido.steinke@verbraucher.org](mailto:guido.steinke@verbraucher.org) ■

*„Hier fühl'n wir uns  
zu Hause ...“*

Vitanas



*... denn hier können wir einfach sein, wie wir sind und  
die Nachbarn sind auch noch nett!“*

### Das bieten wir - kurzgefasst:

Kurz- und Langzeitpflege | spezielle Wohnbereiche für Menschen  
mit Demenz | Verhinderungspflege | Probewohnen | Ihre privaten Möbel  
können Sie natürlich gern mitbringen | Reinigungsservice für  
Ihre Wäsche | Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in  
die Umgebung | Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer  
herzlich willkommen | Wir kochen täglich frisch für Sie



**Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark**

Am Tierpark 6  
17373 Ueckermünde

☎ (039771) 201 - 0

**Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark**

Neustrelitzer Straße 40  
17033 Neubrandenburg

☎ (0395) 563 98 - 0

[www.vitanas.de](http://www.vitanas.de)

# Bluthochdruck ist heimtückisch

Viele ältere Betroffene befinden sich in einer „Gesundföhlfalle“ – Teil I

Drei von vier Menschen zwischen 70 und 79 Jahren haben Bluthochdruck bzw. eine Hypertonie. Mit zunehmendem Alter steigt der systolische Blutdruck meist kontinuierlich an. Mit dem Alter werden die elastischen Gefäßwände starrer und unflexibler. Das bedeutet, die Anpassungsfähigkeit der Gefäße an den Blutdruck nimmt ab. Der fortschreitende Verlust der Gefäßelastizität lässt vor allem den oberen Blutdruckwert bzw. den so genannten systolischen Blutdruck ansteigen. Ältere Patienten entwickeln dann eine isolierte systolische Hypertonie (ISH). Das bedeutet, dass die systolischen Blutdruckwerte über 140 mmHg liegen, bei zugleich normalen diastolischen Werten unter 90 mmHg. 80 Prozent der über 50-jährigen Bluthochdruckpatienten haben eine isolierte systolische Hypertonie.

Bei 95 Prozent der Patienten kann keine körperliche Ursache des erhöhten Blutdrucks ausgemacht werden. Dies wird primäre oder essentielle Hypertonie genannt. Allerdings gilt es als sicher, dass eine genetische Komponente dabei eine Rolle spielt.

Ziel der Therapie bei Patienten höherer Jahre ist es, den diastolischen Blutdruck unter 90 mmHg und den systolischen Blutdruck unter 140 mmHg zu senken. Noch vor einigen Jahren wurde der obere systolische Blutdruckwert noch in Abhängigkeit zum Lebensalter gesetzt. Damals wurde davon ausgegangen, dass zum Beispiel für einen 60-Jährigen ein Wert von 160 mmHg noch verträglich sei. Doch das ist nicht mehr aktuell. Jeder Blutdruck über 140/80 mmHg bedarf der Beachtung, auch wenn er bei Menschen in höherem Lebensalter gemessen wird. Das gilt besonders für Menschen mit

einem zusätzlichen Risikofaktor wie Rauchen, Übergewicht, Diabetes, erhöhte Blutfette, nach Herzinfarkt oder Schlaganfall oder mit geschädigten Nieren.

Bluthochdruck ist heimtückisch, denn Betroffene befinden sich in einer Art „Gesundföhlfalle“. Die hohen Blutdruckwerte verursachen gerade im frühen Krankheitsstadium keine Warnzeichen wie Schmerzen oder Unwohlsein, die Betroffene normalerweise



DGE-Ernährungskreis

zum Arzt führen. Hoher Blutdruck entsteht langsam und unbemerkt, meist über Jahre hinweg. Bei einigen Betroffenen führt allerdings erhöhter Blutdruck zu unspezifischen Beschwerden, z. B. zu Kopfschmerzen, Schwindel, Atemnot, Nasenbluten oder Ohrensausen. Diese können jedoch auch andere Ursachen haben. Die Diagnose Bluthochdruck wird daher in der Regel eher durch einen Zufallsbefund, etwa bei einer Routineuntersuchung, festgestellt. Viele Menschen wissen daher gar nicht, dass ihr Blutdruck zu hoch ist. Das Gefährliche daran ist, dass der

Körper auch ohne Symptome durch den hohen Blutdruck Schaden nimmt. Bluthochdruck gilt unter anderem als Risikofaktor für die Entwicklung der Arteriosklerose, umgangssprachlich oft auch Arterienverkalkung oder Arterienverhärtung genannt. Bei der Arteriosklerose kommt es zu Ablagerungen von Blutfetten, Thromben und Bindegewebe in den Gefäßwänden der Schlagadern (Arterien). Durch diese können nach und nach wichtige Organe wie das Gehirn, die Herzkranzgefäße, die Nieren, die Blutgefäße und das Herz geschädigt werden, was wiederum die Gefahr erhöht, im Laufe des Lebens eine Herz-Kreislauf-Erkrankung, etwa einen Herzinfarkt oder Schlaganfall, zu erleiden.

Durch eine konsequente Behandlung können Patient und Arzt gemeinsam verhindern, dass Folgeerkrankungen auftreten. Auch für Patienten jenseits des 65. Lebensjahres lohnt es sich, eine Therapie bei diagnostiziertem Bluthochdruck zu beginnen, um die Risiken für Folgeerkrankungen zu senken und die Lebenserwartung zu verlängern.

Die erfolgreiche Therapie des Bluthochdrucks besteht dabei aus zwei Behandlungswegen, die sich gegenseitig ergänzen – einerseits der Einsatz von blutdrucksenkenden Medikamenten und andererseits nichtmedikamentöse Maßnahmen. Insbesondere bei leichten Blutdruckerhöhungen reichen manchmal schon dauerhafte Änderungen im Lebensstil, wie beispielsweise eine Ernährungsumstellung und Gewichtsreduktion, um den Blutdruck nachhaltig zu senken.

Gesellschaft für Ernährung e. V.  
Sektion Mecklenburg-Vorpommern

# Nahrungsergänzungsmittel – viele Versprechen, wenig Wirkung

Vitamin- und Mineralstoffpulverchen, Gelenkkapseln oder Lutein-Pillen für die Augen – Nahrungsergänzungsmittel werden in Drogerien, Apotheken, Postwurfsendungen, im Internet oder auf Kaffeefahrten angepriesen und manchmal verbotenerweise auch vom Arzt verkauft. Nahrungsergänzungsmittel sind Konzentrate von Nährstoffen oder anderen Stoffen, die zum Beispiel in Form von Kapseln, Tabletten oder Flüssigampullen in den Verkehr gebracht werden und ernährungsphysiologisch wirksam sein sollen.

Aus rechtlicher Sicht handelt es sich bei Nahrungsergänzungsmitteln um Lebensmittel, **nicht um Arzneimittel!** Sie sind dafür bestimmt, die allgemeine Ernährung von gesunden Personen zu ergänzen. Nahrungsergänzungsmittel benötigen keine Zulassung und kommen damit ohne behördliche Prüfung von Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit auf den Markt. Sie müssen vor dem Inverkehrbringen lediglich beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit angemeldet werden. Dabei reicht es, den Namen des Produkts und des Verantwortlichen anzugeben sowie ein Muster des Etiketts beizufügen.

Anhand der folgenden Beispiele wird die Werbung für Nahrungsergänzungsmittel kritisch hinterfragt.

## Bessere Augen mit Lutein?

Luteinhaltige Nahrungsergänzungsmittel werden als „Vitalstoffe für die Augen“ beworben. Sie sollen zum „Erhalt einer gesunden und normalen Sehkraft“ beitragen. Da laut Gesetz (Health-Claims-Verordnung) für Lutein keine gesundheitsbezogenen Angaben zugelassen sind, dürfen reine Lutein-Präparate nicht mit solchen oder ähnlichen Aussagen werben. Allerdings nutzen die Hersteller oft einen Trick: Sie setzen den Produkten zusätzlich Vitamine, Mineralstoffe bzw. Omega-3-Fettsäuren zu, für die entspre-

**verbraucherzentrale**  
*Mecklenburg-Vorpommern*

chende gesundheitliche Aussagen erlaubt sind.

Nach derzeitigem Wissensstand kann eine altersabhängige Maculadegeneration (AMD), die Rückbildung des so genannten „Gelben Flecks“ in der Netzhaut des Auges, mittels Lutein nicht verhindert werden. Studien deuten jedoch darauf hin, dass das Fortschreiten der AMD durch eine langfristige Einnahme von Lutein in Kombination mit bestimmten Vitaminen, Mineralstoffen und Zeaxanthin (AREDS-Rezeptur) verzögert werden kann. Allerdings nur in einem bestimmten Stadium der AMD, das nur der Augenarzt feststellen kann!

Vorsicht ist vor allem bei Lutein-haltigen Kombipräparaten mit Beta-Carotin geboten. Hier kann es zu unerwünschten Wirkungen, wie gelben Verfärbungen der Haut und Magen-Darm-Beschwerden, kommen. Zudem wurde in verschiedenen Studien bei (ehemaligen) Rauchern ein erhöhtes Lungenkrebsrisiko durch die Verwendung von Beta-Carotin-haltigen Nahrungsergänzungsmitteln festgestellt.

## Tipp:

Lutein gehört zu den Carotinoiden und sollte am besten im natürlichen Lebensmittelverbund aufgenommen werden. Lutein-reiche Lebensmittel sind grünes Gemüse (Grünkohl, Spinat, Brokkoli, Salat), verschiedene Früchte (Nektarine, Pfirsich, Orange) sowie Eigelb. Mit 150 Gramm Spinat nimmt man bereits 18 Milligramm Lutein zu sich. Dies ist vergleichbar mit der empfohlenen Tagesdosis der meisten Lutein-haltigen Nahrungsergänzungsmittel. Eine zusätzliche Fettaufnahme fördert die Aufnahme.

## Gegen Gelenkbeschwerden?

Nahrungsergänzungsmittel, die bei Gelenkverschleiß helfen und zum Beispiel den Knorpelaufbau unterstützen sollen, enthalten oft Glucosamin und Chondroitin. Da es dafür keine wissenschaftlichen Beweise gibt, sind entsprechende Werbeaussagen auch für diese Stoffe verboten. Auch bei Gelenkkapseln greifen die Hersteller auf den Trick zurück, den Produkten Inhaltsstoffe zuzufügen, für die es erlaubte gesundheitsbezogene Angaben gibt, beispielsweise Vitamin C. Die Werbung lautet dann; „Vitamin C kann zu einer normalen Kollagenbildung für eine normale Knorpelfunktion beitragen.“ Allerdings ist die Produktverpackung oft so geschickt gestaltet, dass die Wirkung auf die Gelenkgesundheit dennoch mit Glucosamin oder Chondroitin in Verbindung gebracht wird. Zu beachten gilt, dass die deutsche Bevölkerung mit Vitamin C im Allgemeinen gut versorgt ist, so dass durch die Einnahme solcher Nahrungsergänzungsmittel kein besonderer Effekt auf die Gelenkgesundheit zu erwarten ist.

## Achtung:

Personen, die an Diabetes mellitus leiden oder blutgerinnungshemmende Medikamente einnehmen, sollten die Hinweise des Bundesinstituts für Risikobewertung beachten. Es weist darauf hin, dass sich die Einnahme von Glucosaminpräparaten auf den Glukosestoffwechsel auswirken und ggf. die Blutgerinnung gehemmt werden kann.

## Hilft Zink gegen Erkältung?

Vor allem in der Winterzeit wird Zink zur Stärkung der Abwehrkräfte beworben. Zwar spielt Zink eine Rolle im Immunsystem, allerdings ist eine Verbesserung der Körperfunktionen durch eine erhöhte Zinkaufnahme nicht

Fortsetzung auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

belegt. Zinkhaltige Nahrungsergänzungsmittel dürfen deshalb lediglich mit Aussagen beworben werden, die Zink eine Aufrechterhaltung normaler Körperfunktionen zusprechen. Zum Beispiel: „Zink trägt zu einer normalen Funktion des Immunsystems bei.“ Ob zusätzliches Zink tatsächlich bei Erkältungen hilft, konnte bisher nicht ausreichend nachgewiesen werden. Es gibt einzelne Studien mit hohen Zinkmengen (75 Milligramm, deutlich mehr als in Nahrungsergänzungsmitteln üblich), die einen Zusammenhang nicht ausschließen. Gleichzeitig wur-

den in anderen Studien keine Effekte festgestellt.

Zu hohe Einnahmen von Zink können sich negativ auswirken. So kann es beispielsweise zu Wechselwirkungen mit dem Eisen- und Kupferstoffwechsel im Körper kommen. Falls dennoch Zink zur Nahrungsergänzung eingenommen wird, empfiehlt das Bundesinstitut für Risikobewertung die so zugeführte Menge auf maximal 2,25 Milligramm Zink täglich zu beschränken. Pro Tag benötigen Frauen laut Deutscher Gesellschaft für Ernährung sieben, Männer 10 Milligramm Zink. Diese Menge ist problemlos mit normalen Lebensmitteln zu erreichen. Ein Zink-

mangel kommt in Deutschland nur selten vor.

**Tipp:**

Gute Zinkquellen sind tierische Lebensmittel wie Rind-, Geflügel- und Schweinefleisch, Fische, Käse und Eier.

Mehr Informationen zu Nahrungsergänzungsmitteln erhalten Sie im neuen Internetportal der Verbraucherzentralen [www.klartext-nahrungsergaenzung.de](http://www.klartext-nahrungsergaenzung.de)

Sandra Reppe

Projekt Lebensmittel und Ernährung  
der Verbraucherzentrale  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

## Auch der „Glas-Wasser“-Trick gehört dazu

Landes-Kriminalamt M-V warnt eindringlich: Trickdiebe geben nicht auf

Auch in diesem Jahr waren schon wieder Kriminelle in unserem Bundesland unterwegs, um insbesondere ältere Menschen um ihr Ersparnis zu bringen. Dabei gehen die Täter sehr raffiniert vor und rechnen damit, dass Senioren eingeschränkt sind und nicht mehr so gut sehen und sich erinnern können. Das nutzen sie zur Begehung von Straftaten aus, wie einige aktuelle Beispiele aus unserem Land zeigen.

So wurde im Januar in Hagenow eine ältere Frau Opfer eines Trickdiebstahls. Eine männliche Person klingelte an der Tür und gab sich als entfernter Verwandter aus. Dies tat er so glaubhaft, dass die Frau ihn in die Wohnung ließ. Hier brachte der Täter die Seniorin unter einem Vorwand dazu, ihr Portemonnaie hervorzuholen. Dann merkte sich der Ganove, wo die Frau ihre Geldbörse hinlegte. Anschließend gelang es dem Dieb, das Portemonnaie unbemerkt zu stehlen. Nachdem der Täter die Wohnung verließ, bemerkte die Frau den Diebstahl in Höhe von 300 Euro.

Selbst vor Seniorenresidenzen machen die Kriminellen nicht halt. In so einer Residenz in Wolgast klingelte im Januar eine Frau mittleren Alters bei einer 85-jäh-

rigen älteren Dame an der Wohnungstür. Die Täterin erklärte, für einen wohltätigen Zweck Spenden zu sammeln. Dann wendete sie den „Glas-Wasser“-Trick an. Unter dem Vorwand, unbedingt eine Tablette mit Wasser einnehmen zu müssen, schickte sie die Seniorin in die Küche und schaute sich selbst schnell in der Wohnung um. Dabei stahl die Diebin ein Portemonnaie sowie einen Briefumschlag mit über 700 Euro Bargeld. Kurz davor stahlen zwei augenschein-

lich 12 bis 13 Jahre alte Mädchen einer 83-jährigen Frau aus Wittenburg Bargeld und Schmuck im Gesamtwert von mehreren hundert Euro. Die jungen Diebinnen baten die Seniorin an deren Wohnungstür zunächst um ein Glas Wasser und verwickelten die Frau dann in ein Gespräch. Eines der beiden Mädchen schlich sich ins Schlafzimmer und durchsuchte dort mehrere Schubladen. Wenig später wurde sie dabei von der Wohnungsinhaberin erwischt, worauf beide Mädchen aus der Wohnung liefen. Wie sich im Nachgang herausstellte, hatte die junge Diebin neben Bargeld bereits drei Ringe und eine Halskette gestohlen.

Die Polizei rät Ihnen: Seien Sie bei unverhofften Besuchern misstrauisch. Lassen Sie keine fremden Personen in Ihre Wohnung und übergeben Sie nie Geld an unbekannte Menschen. Über diese und andere Fälle und wie Sie sich davor schützen können sprechen mit Ihnen auch die „Senioren-sicherheitsberater MV“ in Ihrer Region.

Projekt Seniorensicherheits-  
berater wird finanziert durch:

**PROVINZIAL**



Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung  
Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter [www.kriminalpraevention-mv.de](http://www.kriminalpraevention-mv.de)

Wilfried Meyer  
Landeskriminalamt  
Mecklenburg-Vorpommern

# Sie gehen skrupellos und perfide zu Werke

Senioren­sicherheitsberater Bernd Fritsch hob das Präventionsprojekt mit aus der Taufe

Ein Leben lang eisern gespart, innerhalb von Sekunden alles verloren: Eine 65-jährige Frau aus Schwaan wurde von einem vermeintlichen Schwager um 12 000 Euro geprellt. In Schwerin überreichte ein 81-Jähriger einem Mann, der sich am Telefon als Rechtsanwalt ausgegeben hatte, an der Haustür 25 000 Euro in bar. In Rostock verlor eine betagte Dame ebenfalls auf einen Schlag eine fünfstellige Summe. Besonders mies: Eigentlich hatte die 83-Jährige der angeblichen Schwiegertochter am Telefon bereits eine deutliche Abfuhr erteilt. Doch kurz darauf klingelte es wieder. Diesmal gab sich die Ganovin als Beamtin der Kriminalpolizei aus, die angeblich das vorherige Gespräch mitgehört hätte. Mit einem unglaublichen Lügenkonstrukt brachte sie die ursprünglich misstrauische Seniorin tatsächlich dazu, 25 000 Euro an einen männlichen Boten zu übergeben.

Wenn Bernd Fritsch von Fällen wie diesen hört, geht ihm regelrecht die Hut schnur hoch: „Es wurmt mich wahnsinnig, wie skrupellos und perfide die Ganoven zu Werke gehen.“ Und das wiederum sei ihm Motivation, durch Aufklärung dazu beizutragen, Einzeltrickbetrügern & Co das Handwerk zu legen.

Bernd Fritsch ist einer von derzeit 21

pensionierten Polizeibeamten, die ehrenamtlich in Mecklenburg-Vorpommern als Senioren­sicherheitsberater im Einsatz sind. Im Januar 2014 gehörte er zu denen, die dieses Präventionsprojekt mit aus der Taufe hoben, und er moderierte damals sogar die Auftaktveranstaltung in Schwerin. Initiiert wurde es vom Landesseniorenbeirat und vom Landeskriminalamt, inzwischen sind auch die beiden Polizeipräsidien mit im Boot. Gemeinsames Anliegen ist es, Senioren auf Augenhöhe einfache Hinweise zu geben, wie sie sich selbst besser vor Straftaten schützen können.

Etwa Dreiviertel der Opfer von Trickbetrügern sind älter als 75 Jahre, weiß Bernd Fritsch. Inzwischen haben die Senioren­sicherheitsberater landesweit in 265 Veranstaltungen etwa 6760 Senioren für das Thema sensibilisieren können. Spezialisiert sind die Berater insbesondere auf die Themen Einzeltrick, Gewinnversprechen, Haustürgeschäfte, Einbruchsschutz, Gefahren im Internet und Straßenraub. Allein in den zurückliegenden zwölf Monaten erreichten die Experten in 142 Veranstaltungen 3009 interessierte Zuhörer. Im Landkreis Ludwigslust-Parchim fanden im vergangenen Jahr insgesamt 14 solcher Themennachmittage statt. Bernd

Fritsch selbst hat seit dem Start des Projekts 20 Präventionsveranstaltungen moderiert und möchte auch 2017 gern wieder seine Freizeit für diese wichtige Sache zur Verfügung stellen. „Nehmen Sie uns in Anspruch“, ermuntert er im Namen der anderen Senioren­sicherheitsberater Interessengruppen, Seniorenvereine und -einrichtungen ausdrücklich, von dem kostenlosen Angebot rege Gebrauch zu machen. Interessenten aus der Region, die sich einen Experten einladen möchten, können sich an den Kriminalitätspräventionsrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim wenden. Ansprechpartnerin ist Anett Nuklies. Erreichbar ist sie unter Telefon 03871/722 1605. Dass Bernd Fritsch jetzt auch immer häufiger von „Fällen“ hört, in denen falsche Enkel und Schwiegertöchter, vermeintliche Polizisten oder Staatsanwälte bzw. kriminelle Glücksboten resolut von ihren potenziellen Opfern am Telefon oder an der Haustür abserviert wurden, stimmt den Experten zuversichtlich. „Prävention zahlt sich auf lange Sicht aus. Unsere Arbeit hat Erfolg“, freut sich der Senioren­sicherheitsberater.

*Christiane Großmann,  
SVZ Parchim*

## Mobile Rampe ist ausleihbar

„Barrierearme Großereignisse in Mecklenburg-Vorpommern“ heißt ein Pilotprojekt in Schwerin (Träger: Haus der Begegnung Schwerin e.V.), das sich seit Sommer 2015 mit der Sensibilisierung und Unterstützung von Veranstaltern in ganz Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt. Konzerte, Events und Großereignisse weitestgehend barrierefrei zu gestalten, ist die Aufgabe der beiden Projektmitarbeiter Kevin Weltzien und Katharina Rupnow. Zweck ist, dass auch

seh- oder hörgeschädigte Menschen oder Menschen mit einer Mobilitätsstörung wieder in den Genuss von kulturellen Veranstaltungen kommen können. Gefördert wird das Projekt für zwei Jahre vom Wirtschaftsministerium M-V aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Treppen und schmale Türen sind die offensichtlichsten physischen Hindernisse – sie können schnell zu einer echten Herausforderung werden. Das betrifft

nicht nur Rollstuhlfahrer. Auch für Senioren, die auf einen Rollator angewiesen sind, oder für Familien mit einem Kinderwagen ist eine barrierefrei bzw. rollstuhlgerecht gestaltete Umgebung von großer Wichtigkeit. Doch noch ist unsere Umwelt nicht in allen Bereichen barrierefrei. Um Betroffene die Enttäuschung zu ersparen, beispielsweise vor einem Geschäft oder einem Veranstaltungs-

*Fortsetzung auf Seite 26*

Fortsetzung von Seite 25

ort kehrt zu machen, weil diese nicht zugänglich sind, hatte das Team des Vereins Sozialhelden e. V. bereits 2010 eine Online-Karte mit der Bezeichnung „Wheelmap.org“ entwickelt. Sie dient dazu, rollstuhlgerechte Orte zu suchen und zu finden. Mitmachen kann dabei jeder, indem öffentlich zugängliche Orte entsprechend ihrer Rollstuhlgerichtigkeit – voll rollstuhlgerecht, teilweise rollstuhlgerecht und nicht rollstuhlgerecht – markiert werden. Neben dieser entsprechenden Markierung können aber auch Fotos hochgeladen oder besondere Hinweise hinzugefügt werden. Ziel ist es, mobilitätseingeschränkten Menschen eine bessere Tagesplanung zu ermöglichen und sie mobiler und einfacher am öffentlichen Leben teilhaben zu lassen. Wheelmap.org ist frei zugäng-



Mobile Rampe zur Überwindung von Barrieren Foto: Katharina Rupnow

lich, leicht verständlich und als Anwendung im Netz oder als App für iPhone und Android verfügbar.

Was macht man nun aber beispielsweise als Betreiber einer Einrichtung, wenn diese über keinen rollstuhlgerechten Zugang verfügt? Nicht jeder Betroffene möchte vom Personal oder seinen Mit-

menschen hineingetragen werden. In einigen Fällen kann eine mobil einsetzbare Rampe zumindest kurzfristig eine gute Lösung sein, betont Kevin Weltzien vom Projekt „Barrierearme Großereignisse in Mecklenburg-Vorpommern“: „Für unsere Projektarbeit haben wir uns so eine mobile Rampe angeschafft. Sie kann von Veranstaltern, aber auch von anderen Akteuren, im Haus der Begegnung in Schwerin ausgeliehen werden, im Rahmen des Projekts sogar kostenfrei.“ Diese einfach zu handhabende Rampe kann zum Überwinden einer Schwelle bzw. von zwei bis drei Stufen genutzt werden.

Die beiden Projektmitarbeiter Katharina Rupnow und Kevin Weltzien sind erreichbar unter Tel. 0385 – 3 00 08 15, E-Mail: barrierefrei@hdb-sn.de, Anschrift: Haus der Begegnung 19063 Schwerin, Perleberger Straße 22. ■

## Geldautomaten ohne Barrieren

**Blinde und Sehbehinderte müssen ohne Schwierigkeiten ihre Beträge erhalten**

Um die Benachteiligung behinderter Menschen zu verringern, wurde 2002 das Bundesgleichstellungsgesetz erlassen. Geldautomaten müssen seitdem ohne besondere Erschwernis von jedem Kunden bedient werden können. Herkömmliche Automaten werden jedoch mehr und mehr durch berührungsempfindliche Bildschirme (Touchscreens) ersetzt, die von Blinden und Sehbehinderten nicht ohne Weiteres genutzt werden können. Zudem steigt der Funktionsumfang der Geldautomaten.

Blinden- und Sehbehindertenverbände engagieren sich seit Jahren dafür, die Geräte barrierefrei zu machen und dies auch als nationalen Standard zu verankern. Bereits vor 15 Jahren wurde in Zusammenarbeit mit dem größten deutschen Hersteller eine Richtlinie für die blinden- und sehbehinderte Gestaltung von Geldausgabeautomaten erarbeitet. Da geht es um die Position und Kennzeichnung des Karteneinschubs, um Anordnung, Layout

und Funktionsweise der Tastatur, um Sprachausgabe und Bildschirmanzeige. Dieses Anforderungsprofil wird ständig fortgeschrieben und allen Banken zur Kenntnis gegeben. Zu den Privatpersonen, die sich bei dieser Problematik engagieren, gehört Raymund Haller. In einem Gespräch mit der Vierteljahresschrift *Augenlicht – Vision care*, Magazin für gesundes Leben, sagte er:

„Ich habe eine hochgradig sehbehinderte Mutter. Weil sie an der trockenen Form der Makuladegeneration leidet, erledige ich ihre Geldgeschäfte. Außerdem habe ich von einem blinden Freund erfahren, dass er bei geordnetem Auswurf der Geldscheine deren Wert leichter erkennen könne. Ihm ist es wichtig, dass er seine Geldgeschäfte möglichst selbstständig und selbstbestimmt erledigen kann, und dies würde ihm sehr helfen.“

Gleichgerichtet, vorderseitig und richtungssortiert ausgegebene Banknoten lassen sich von Sehbehinderten und

Blinden leichter und schneller überprüfen und zügiger verstauen. Die Gefahr ist damit geringer, dass dem Bankkunden – bemerkt oder unbemerkt – auf den Boden fallen. „Einer älteren Bekannten ist dies widerfahren“, kommentiert Haller. „Sie hatte große Angst, dass ihr jemand die auf dem Boden liegenden Scheine stiehlt. Mir geht es aber in erster Linie nicht um eine reale Überfallgefahr, sondern um die Frage, was ein Blinder oder Sehbehinderter beim Geldabheben subjektiv empfindet. Wichtig ist mir, dass er möglichst kurz am Geldautomaten verweilt, denn das ist für ihn die Zeitspanne, in der er sich unsicher fühlt und womöglich Angst vor einem Überfall hat.“

Wenn sich beide Seiten – Banken und Verbände – einigen wollen, dann müssen sie Zugeständnisse machen. Was bisher zum Thema „Barrierefreie Geldautomaten“ als Absicht formuliert und umgesetzt wurde, reicht nach Worten Hallers nicht aus. ■

## Checklisten zum Pflegeheim und betreuten Wohnen

Suchen Sie für sich selbst oder einen Angehörigen ein Senioren- oder Pflegeheim und wissen nicht, worauf Sie bei einem Gespräch mit der Heimleitung oder bei der Besichtigung des Hauses achten sollen? Die BAGSO und die BIVA, die sich seit Jahrzehnten für die Rechte von



Menschen, die in einer Pflegeeinrichtung leben, engagiert, haben gemeinsam eine Checkliste entwickelt, die zeigt, worauf Sie Ihren Blick lenken und was Sie im Beratungsgespräch erfragen sollten. Eine weitere Checkliste ist zum Betreuten Wohnen erschienen. Beide Check-

listen werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und können kostenfrei bei der BAGSO-Geschäftsstelle in 53111 Bonn, Thomas-Mann-Straße 2 – 4 bestellt werden. Tel.: (0228) 24 99 93 0; Fax: (0228) 24 99 93 20; E-Mail: kontakt@bagso.de; www.bagso.de ■

## Letzte Ausgabe der BAGSO-Nachrichten

Die letzte Ausgabe der *BAGSO-Nachrichten* ist erschienen, ein Abonnement also nicht mehr möglich. Schwerpunktthemen sind: „Mit wenig Geld auskommen (müssen)“, „Grundsicherung – Ihr gutes Recht“, „Vergünstigungen – Rabatte – Nachlässe“ und „Gutes Essen muss nicht teuer sein“. Wie geht es nun weiter, wie können Sie sich künftig über Neues aus Seniorenarbeit und Seniorenpolitik informieren? Internet-Nutzerinnen und -nutzer beziehen bereits seit einigen Jahren aktuelle Informationen aus der BAGSO, den BAGSO-Verbänden sowie aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft über unseren

E-Mail-Newsletter „BAGSO-aktuell“, der alle zwei Wochen erscheint. Aufgrund seiner übersichtlichen Gliederung können Sie schnell die Informationen heraussuchen, die Sie interessieren. Weitere Online-Angebote sind unsere Internetseite [www.bagso.de](http://www.bagso.de), unser Bildungsportal [www.wissensdurstig.de](http://www.wissensdurstig.de) und unser Facebook-Account. Ein gesonderter E-Mail-Newsletter erscheint in den Monaten vor einem Deutschen Seniorentag. Die BAGSO wird weiterhin zahlreiche Publikationen drucken lassen. Als Ersatz für die in den BAGSO-Nachrichten behandelten „Schwerpunktthemen“ soll jedes Jahr ein The-

menheft erscheinen. Auch unser Jahresrückblick erscheint weiterhin in gedruckter Form. Darüber hinaus wird es Broschüren und Checklisten zu unterschiedlichen Verbrauchertemen geben. Schließlich werden auch zukünftig Handreichungen und Arbeitsmaterialien für Haupt- und Ehrenamtliche entwickelt, ebenso Veranstaltungsdokumentationen, Positionspapiere und Stellungnahmen. Leserinnen und Leser der BAGSO-Nachrichten, die keinen Internetzugang haben, aber an den Informationen der BAGSO interessiert sind, werden gebeten sich telefonisch zu melden: 0228 / 24 99 93 0. ■

## Fortschritte in der UN-Arbeitsgruppe

Seit mehreren Jahren wird in der UN-Arbeitsgruppe zum Thema Altern darüber diskutiert, ob eine neue, rechtlich bindende UN-Konvention für die Rechte alter Menschen – ähnlich wie die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen – erforderlich ist oder nicht. In der 7. Sitzung der Arbeitsgruppe, an der auch eine deutsche Regierungsdelegation, eine Vertreterin des Deutschen Instituts für Menschen-

rechte sowie eine Vertreterin der BAGSO teilnahmen, gelang ein Durchbruch: Einige Länder – unter anderem die deutsche Delegation – machten den Vorschlag, zunächst eine offene Diskussion über notwendige Verbesserungen in Bereichen anzustreben, die noch nicht genügend durch Gesetze abgedeckt sind, und auf dieser Basis eine Entscheidung über geeignete Instrumente zu treffen. Dadurch konnten die bishe-

rigen verhärteten Positionen des Entweder-Oder aufgebrochen und ein weiterführendes Arbeiten geplant werden. Priorität erhielten die Bereiche Diskriminierung und Ungleichheit, Autonomie und Partizipation sowie Gewalt, Vernachlässigung und Misshandlung alter Menschen. Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe findet im Juni statt.

*Dr. Heidrun Mollenkopf,  
Mitglied des BAGSO-Vorstands*

**Termin für den 12. Deutschen Seniorentag:** Die BAGSO veranstaltet alle drei Jahre den Deutschen Seniorentag. Der 12. Deutsche Seniorentag findet vom 28. bis 30. Mai 2018 im Kongresszentrum Westfalenhallen Dortmund statt.

[www.deutscher-seniorentag.de](http://www.deutscher-seniorentag.de)

# LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

## Konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit

Im „Großen Solitär“ des Landratsamts in Parchim trafen sich die Mitglieder des Kreissenorenbeirats Ludwigslust-Parchim zu ihrer Jahresabschlussveranstaltung. Eingeladen waren zu aktuellen Themen kompetente Gäste. Gertrud Schulz vertrat den Sozialausschuss des Kreistags als deren stellvertretende Vorsitzende. Angelika Lübcke und Julia Tölke-Beckers gaben Informationen zum Projekt „Pflegerlotsen“, das in den Mehrgenerationenhäusern Lüz und Ludwigslust angesiedelt ist, aus erster Hand: Welches Anliegen wird verfolgt, wie sieht die Arbeit der Pflegerlotsen vor Ort aus, welche Qualifizierungsmöglichkeiten gibt es für die ehrenamtlich tätigen Helfer gibt? Pflegerlotsen beraten überwiegend im häuslichen Umfeld, beispielsweise beim Ausfüllen von Formularen oder bei der Beantragung der Pflegegrade. Sie weisen auch an die professionellen Pflegestützpunkte, die in Parchim und Ludwigslust beim Landkreis angesiedelt sind. Mit Stolz erklärten die Projektverantwortlichen, dass es bereits ehrenamtlich 33 Pflegerlotsen im Landkreis gibt. Weiterhin werden zusätzlich Ehrenamtler gesucht, Infos: Angelika Lübcke, Lüz, Tel. 038731-47833, Mail: [luebcke@jfv-pch.de](mailto:luebcke@jfv-pch.de); Julia Tölke-Beckers, Ludwigslust, Tel. 03874-571815, Mail: [pflge@zebef.de](mailto:pflge@zebef.de). Außerdem: Homepage des Landkreises <http://www.kreis-lup.de/leben-im-landkreis/gesundheits->



Vorstand des Kreissenorenbeirats (v. l.): Bernd Wagner, Bernd Thieke, Horst Elftmann, Edwin Näth, Friedhelm Beutner, Ilona Mundt-Schalk, Edeltraut Kinzel

soziales/pflegeportal/pflegerlotse/.

Seit Januar ist das Pflegestärkungsgesetz II in Kraft. Kurz und prägnant waren die Informationen besonders zu den Änderungen der bisherigen Regelungen, aufbereitet in einem Bildervortrag von Andrea Peters von der DAK Parchim. Auskünfte erteilen die Pflegestützpunkte Parchim (Tel. 03871-722509) und Ludwigslust (Tel. 03871-7225093).

In ihrer Jahresbilanz hoben die Beiratsvorsitzende Ilona Mundt-Schalk sowie Anett Nuklies, Koordinatorin des Kreissenorenbeirats im Landkreis, hervor: „Wir haben ein ereignis- und erfolgreiches Jahr gemeinsam gestaltet.“ Die Zusammenarbeit des Beirats mit dem Ko-

ordinierungsbüro zeichne sich durch eine konstruktive, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit viel persönlichem Engagement aus. Die Kontakte zu den örtlichen Beiräten seien 2016 stabiler geworden, was sich besonders bei der Vorbereitung der „3. Landes-Senioren-Tage M-V“ gezeigt habe. Die Organisation der Tage waren eine hohe Herausforderung und zweifellos der Höhepunkt 2016.

Weitere wichtige Themen für den Kreissenorenbeirat waren im vergangenen Jahr:

- Begutachtung unterschiedlicher seniorengerechter Wohnformen und deren Konzepte im Landkreis, z. B. „Dorf im Dorf“ Dobbertin oder „Uns Hüsung“ in Hagenow
- Kooperation mit dem Kreisjugendring
- die Gründung neuer Beiräte, besonders in Städten und Ämtern
- der Generationendialog

Der Vorstand dankte allen Mitgliedern und ganz besonders Frau Margarete Weinberg aus Neustadt-Glewe für ihre langjährige und sehr engagierte Mitarbeit. Der anschließende kulturelle Teil der Veranstaltung beanspruchte mit „Malwine Comedy“ sehr stark die Lachmuskeln. Die Komödiantin Dörte Spangehl traf mit ihrem Programm genau den Nerv der Zeit und den der Teilnehmer.

Bernd Thieke/Anett Nuklies  
Foto: Christiane Großmann

## Beirat informierte sich: Wie macht es Hagenow?

Um sich einen Eindruck über neue Konzepte von Seniorenwohnanlagen im Landkreis Ludwigslust-Parchim zu verschaffen, besuchte der Vorstand des Kreissenorenbeirats nach Besichtigungen in Sternberg und Dobbertin zwei Objekte in Hagenow. Im Gemeinschaftsraum der jüngst fertig gestellten Wohnanlage in der Fritz-Reuter-Straße begrüßte Beiratsvorsitzende

Ilona Mundt-Schalk als Gäste Barbara Borchert, Vorsitzende des Ausschusses Gesundheit, Soziales und Familie des Kreistags, Hagenows Bürgermeister Thomas Möller sowie den Gastgeber Michael Hasche, Geschäftsführer der Hagenower Wohnungsbau GmbH. Die Standorte „Uns Hüsung“ auf dem ehemaligen Gelände des Kabeltrommelwerks und das Objekt in der Fritz-

Reuter-Straße, ehemals Betriebsgelände des Schornsteinbaus, wurden durch die Hagenower Wohnungsbau GmbH gebaut und werden seit ihrer Eröffnung von der Volkssolidarität betreut.

In einem zeitlichen Abriss, beginnend ab 1991, gab Michael Hasche einen Überblick über die Entwicklung des städtischen Wohnungsbauunternehmens und die Strategie zur Bewältigung

der neuen Herausforderungen im kommunalen Wohnungsbau, insbesondere bezogen auf den größer werdenden Anteil an älteren Mieterinnen und Mietern. Es sei keineswegs eine leichte Aufgabe, wirtschaftliche Interessen, örtliche Ressourcen, technische Anforderungen an modernes Bauen und bezahlbare Mieten, sowohl für „Jung“, als auch für „Alt“, unter ein Dach zu bringen. Wichtigste Kriterien für die zukünftigen und heutigen Mieter sind die Wohnungsgröße und deren Zuschnitt bei unterschiedlicher technischer Ausstattung und wählbaren Betreuungsangeboten. Schwerpunkt des Hagenower Wohnungsbauunternehmens ist in den kommenden Jahren die Bestandspflege der über 2000 Wohnungen der Stadt. Größte Herausforderung ist weiterhin, Barrierefreiheit für alle Generationen zu schaffen sowie die Qualitätsansprüche mit den technischen und finanziellen Möglichkeiten in Einklang



Geschäftsführer Michael Hasche (links) erläutert die Pläne der Hagenower Wohnungsbau GmbH.  
Foto: Anett Nuklies

zu bringen. Ideen und Projekte hierfür existieren bereits, betonte der Geschäftsführer optimistisch. Nach einer Diskussionsrunde wurden beide Wohnanlagen besichtigt, einschließlich einer bereits bezogenen Wohnung. Im zweiten Teil der Vorstandssitzung wurden auch die Ansprüche an das Wohnumfeld allgemein, an Förderungsmöglichkeiten sowie an die Infrastruktur in der Stadt erörtert, denn die

Wohnung allein – und mag sie noch so geeignet sein – ist ohne entsprechende Serviceangebote in der Nähe kaum zu vermarkten. In Hagenow ist es gelungen, diese Symbiose herzustellen, davon konnte sich der Vorstand selbst überzeugen. Die inhaltliche und organisatorische Planung des Kreissenorenbeirats für 2017 rundete den Besuch in der ehemaligen Kreisstadt ab.  
Bernd Thieke / Anett Nuklies

## LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

### Senioren halten sich fit im Straßenverkehr

Seit etwa zehn Jahren gehört zweimal im Jahr die Verkehrssicherheitsveranstaltung zum Angebot des Seniorenbeirats der Stadt Seebad Ueckermünde. Kürzlich kamen mehr als 80 Seniorinnen und Senioren, um zu erfahren, was Fahrlehrer Alfons Bärwald zu berichten hatte über die Ergebnisse des 55. Verkehrsgerichtstages in Goslar. Was gibt es Neues in der StVO und was ist zu beachten, wenn man das Nachbarland Polen als Auto- oder Fahrradtourist besucht?

Beim Verkehrsgerichtstag wurden Probleme an die Politik herangetragen, für die die Gesetzeskraft noch aussteht. Einen breiten Raum nahmen bei der Veranstaltung die Neuerungen der StVO ein. Beispielsweise ist eine Rettungsgasse grundsätzlich zwischen der äußersten linken und den anderen Fahrbahnen zu bilden. Kommunen haben es jetzt einfacher, vor Schulen, Kitas, Alten- und Pflegeheimen Tempo-30-Zonen einzu-



Fahrlehrer Alfons Bär fand mit seinen Informationen aufnahmebereite Zuhörer.  
Foto: M. Quägber

richten. Ist an Kreuzungen keine besondere Ampel für Radfahrer vorhanden, so gelten die normalen Verkehrsampeln. Zugenommen hat die Nutzung von E-Bikes. Sie werden gern von Senioren genutzt. Da die Fahrzeuge jedoch für unterschiedliche Geschwindigkeiten ausgelegt sind, mussten neue Regelungen geschaffen werden. So können mit E-Bikes bis 25 km/h auf dem

Radweg gefahren werden, mit höheren Geschwindigkeiten muss die Fahrbahn benutzt werden. Neu ist auch, dass Erwachsene, die Rad fahrende Kinder selbst mit dem Fahrrad begleiten, auch den Gehweg benutzen dürfen. Mit Blick auf das Nachbarland Polen informierte der Fahrlehrer über Geschwindigkeiten inner- und außerorts sowie auf Autobahnen. Wichtig war die Information, dass Fußgänger an den weißen Zebrastreifen keinen Vorrang haben, allerdings gilt auch hier Paragraph 1 der Straßenverkehrsordnung. An Fußgängerüberwegen mit rotem Untergrund und weißen Streifen ist Wartepflicht geboten, sobald Fußgänger diesen überqueren. Radfahrer, die in Polen außerorts unterwegs sind, müssen Warnwesten oder andere reflektierende Kleidung tragen.

Manfred Quägber  
Vorsitzender des Seniorenbeirats  
Seebad Ueckermünde

# HANSESTADT ROSTOCK

## SilverSurfer entdecken die digitale Welt

Über 40 ehrenamtlichen Aktive versuchen seit 2014, Senioren in ganz Mecklenburg-Vorpommern Angst und Unsicherheit im Blick auf die moderne digitale Technik zu nehmen. Vor kurzem trafen sich die so genannten SilverSurfer in den Räumen des Projektträgers im Europäischen Integrationszentrum Rostock (EIZ). Die Senioren-Technik-Botschafter informieren und helfen bei den Grundfunktionen Tablets, Smartphone, Online und vielen weiteren Problemen. Durch die Förderung könnten Schulungen ermöglicht werden. Auch Tablets zur Übungszwecken werden zur Verfügung gestellt. Freude kam auf, als mitgeteilt wurde, ältere Tablets könnten gegen neue eingetauscht werden.



*Angeregt werden Erfahrungen ausgetauscht.*

Wir, die SilverSurfer, fühlen uns im EIZ gut betreut und würden uns freuen, wenn noch mehr „Senioren-Technik-

Botschafter für das Ehrenamt gewinnen werden könnten.

*Karin Lechner*

## Stadtteilfrühstück generationsübergreifend

Seit fünf Jahren engagiert sich ein ehrenamtliches Team, in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat Lichtenhagen und dem Kolping Begegnungszentrum, und bereitet dort vierzehntäglich ein gesundes Stadtteilfrühstück generationsübergreifend vor. Dabei haben Alt und Jung die Möglichkeit, regelmäßig ins Gespräch zu kommen und sich untereinander auszutauschen. Inzwischen kommen rund 35 Gäste, so dass eine besondere Werbung nicht mehr erforderlich ist. Gern kommen auch Gäste aus benachbarten Stadtteilen im Nordosten der Hansestadt und genießen zwei Stunden in angenehmer Atmosphäre. Das Büfett wird von Ehrenamtlichen liebevoll hergerichtet und lässt keine Wünsche offen. Herr Fabian, Leiter des Kolping Begegnungszentrum, ist stolz auf seine Helfer. Ins Leben gerufen wurde das Stadtteilfrühstück auf Initiative des Lichtenhäger Seniorenbeirats. Auch das eingespielte Küchenteam

hat bei der Vorbereitung viel Spaß. Brigitte Neumann unterstützt es besonders beim Einkaufen der Produkte. Viele lobende Worte der Besucher sind Ansporn für weitere Aktivitäten des Seniorenbeirats. Das Kolping Begegnungszentrum mit seinem Leiter, Rainer Fabian, würdigt die ehrenamtliche Tätigkeit, indem es Ausflüge organisiert, kleine Feiern bietet oder die Ehrenamtskarte der Stadt Rostock vergibt. Mehrfach begrüßt wurden Landtagsabgeordnete aller Fraktionen. Am „Tag des Gemeinwesens“ Ende Januar kam es zu zahlreichen Begegnungen zwischen Einwohnern mit ihren Familien und den Vertretern der Stadtverwaltung und Kommunalpolitik.

Seit September gibt es monatlich ein „Männerfrühstück“, das ebenfalls sehr gut angenommen wird. Wolfgang Lachmann, Mitglied des Seniorenbeirats und seit 2016 zum Senior-Trainer qualifiziert, hatte es ins Leben gerufen. Mitte Januar sprach auf ei-

ner gemeinsamen Veranstaltung mit dem VdK-Ortsverband Rostock Frau Olga Röhrdanz zum Thema Rentenbesteuerung. Die Resonanz war so groß, dass eine weitere Veranstaltung geplant ist. Dr. Manfred Pätzold konnten wir für das Thema Pflegestärkungsgesetz gewinnen. Sichtbar wurde, dass in naher Zukunft das geeignete Pflegepersonal nicht mehr im erforderlichen Maß zur Verfügung stehen wird und die Familie noch mehr als bisher als „Pflegepersonal“ zum Einsatz kommen muss.

Für den 3. Mai ist in Lichtenhagen ein weiterer Senioreninformationstag im Kolping Begegnungszentrum geplant; Thema: „Gut wohnen in einem älter werdenden Stadtteil“. Der Seniorenbeirat Lichtenhagen, der am 10. Mai fünf Jahre besteht, ist maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung eingebunden.

*Monika Schmidt*

*Vorsitzende des Seniorenbeirats*

# LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

## Kreissenorenbeirat beriet aktuelle Themen

Wenn auch der Vorsitzende des Kreissenorenbeirats, Prof. Dr. Dr. Helmut Pratzel, nicht alle Mitglieder begrüßen konnte, war die 17. Mitgliederversammlung mit zehn Teilnehmern und einem Gast trotz des schlechten Wetters ein voller Erfolg. Die Protokolle der letzten Beratungen, auch des Vorstands, wurden ausgewertet und die Schlussfolgerungen besprochen. Mit Bedauern musste zur Kenntnis genommen werden, dass Gottfried Colatz und Max Knop, beide aus Neustrelitz, aus dem Kreissenorenbeirat ausgeschieden sind. Dafür haben sich Herbert Frank (Demmin) und Hartmut Kindermann (Penzlin) bereit erklärt, künftig mitzuarbeiten.

Nach einem Kurzbericht des Vorstandsmitglieds Günter Schult über die Arbeit der Enquete-Kommission „Älter werden in M-V“ und der Vorlage einer Empfehlung des Kreissenorenbeirats wurde eine Arbeitsgruppe mit Günter Schult, Horst Ungelenk, Werner Köhn und Hartmut Kindermann zur Umsetzung der Festlegungen gebildet. Mit großem Interesse verfolgten die Anwesenden die Ausführungen von Hartmut Kindermann, der Anfang 2016 den Vorsitz des BRH-Ortsverbands Penzlin übernahm und nach der Auflösung der BRH-Verbände in M-V im Juni 2016 die 46 Mitglieder als Seniorengruppe in den Kulturverein integrierte, um die Seniorenarbeit nicht einschlafen zu lassen. Nun wollen die



*Beratung des Kreissenorenbeirats Mecklenburgische Seenplatte, an der Stirnseite der Vorsitzende Prof. Dr. Dr. Helmut Pratzel*

*Foto: Rottenau*

Penzliner – in der Stadt und im Amtsbereich existieren 21 Vereine – einen Seniorenbeirat gründen. Bürgermeister Sven Flechner steht hinter dem Vorhaben, und große Zustimmung wird aus den Vereinen signalisiert. Hartmut Kindermann sieht dem Vorhaben optimistisch entgegen. Vor zehn Jahren wurde ein Vorstoß dazu von der Stadtvertretung abgelehnt. Mehrere Mitglieder berichteten aus den örtlichen Seniorenbeiräten und trugen zur Bereicherung der praktischen Arbeit bei. Als nächste Aufgaben stehen neben anderem ein Gespräch mit Landrat Heiko Kärger, die Aufnahme einer Verbindung zum Parlamentarischen Staatssekretär für Vorpommern, Patrick Dahlemann, und die Vorbereitung der Ehrenamtsmesse am 11. März in Neubrandenburg auf der Tagesordnung. Walter Papentin informier-

te, dass über die Gründung des Seniorenbeirats im Amtsbereich Neverin bei Neubrandenburg beraten werde. Bedauerlich waren die Informationen, dass sich der zweite Seniorenbeirat der Stadt Malchin nach nur einigen Monaten wieder aufgelöst hat und der Seniorenbeirat Demminer Land sich mit ähnlichen Gedanken beschäftigt. Auch die Schließung des Demminer Heimatmuseums kam zur Sprache. Ferner wurden Seniorensicherheit, Steuerberatungen sowie die Gewinnung von Gesprächspartnern zur inhaltlichen Gestaltung der Seniorenbeiratsarbeit angesprochen, außerdem der Ausbau der Informationsquellen des Kreissenorenbeirats, die Auswertung und Arbeit mit dem Seniorenkurier und die gezielte Öffentlichkeitsarbeit.

*Erich Rottenau*

## Aktivitäten 2016 und Gespräch mit dem OB

In seinem Info-Blatt berichtet der Seniorenbeirat Neubrandenburg – Seniorenfreundliche Kommune – über seine Aktivitäten im vergangenen Jahr. Die jeweils anstehenden Aufgaben wurden in elf Vorstands- und sechs Beiratssitzungen sowie an 22 öffentlichen Sprechtagen beraten, beschlossen und in die Praxis umgesetzt. Dazu ge-

hörten der Rentenappell an die Bundesregierung, der Fragenkatalog zu den Landtagswahlen und der offene Brief an alle Politiker. In 23 Presseartikeln, einem Rundfunkbeitrag und zwei Berichten im Fernsehen hat der Vorstand versucht, eine große Öffentlichkeit zu erreichen. Durch die Teilnahme an der Seniorenmesse der Neuwoges

(Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH) sowie der Ausstellung „Altersgerechte Assistenzsysteme“ in Neustrelitz war er auch zusätzlich als Ansprechpartner erreichbar.

Zu einem Erfahrungsaustausch mit dem Seniorenbeirat Stralsund ist es

*Fortsetzung auf Seite 32*

Fortsetzung von Seite 31

im Herbst gekommen. „Unsere Vertreter an dieser Veranstaltung haben gute Ideen, welche in Stralsund sich bereits bewährt hatten, mitgebracht, und es wird versucht, auch in Neubrandenburg von den Erfahrungen (Verbindung zum OB und zum Bürgerschaftspräsidenten, Öffentlichkeitsarbeit, Arbeit der Arbeitsgruppen etc.) zu partizipieren“, heißt es im Bericht des Beirats. Für 2017 ist ein Gegenbesuch in Neubrandenburg geplant. Mit dem Seniorenbeirat Greifswald soll ebenfalls 2017 ein Gedankenaustausch erfolgen. Die Kontaktaufnahme mit polnischen Senioren ist erfolgt, aber eine intensive Zusammenarbeit scheitert an den

geringen Mitteln, die dem Beirat zur Verfügung stehen.

Gemeinsam mit der Beteiligungswerkstatt des Landesjugendrings sind Gespräche begonnen worden, die zu einem besseren Verstehen des Miteinanders Jung – Alt im Generationendialog führen sollen. Für das Projekt „Das Alter in der Karikatur“ will der Seniorenbeirat die Schirmherrschaft übernehmen.

Silvio Witt, Oberbürgermeister der Kreisstadt des größten Landkreises der Bundesrepublik, empfing Vertreter des Beirats zu einem Gespräch, in dem es auch um die Bitten der Senioren nach mehr Parkbänken in Neubrandenburg, um die Schaffung von mehr Toiletten (Miet-WC), um die Beendigung des Bahnhofsumbaus sowie

um Parkzeit-Ausnahmeregelungen für ambulante Pflegedienste ging. Weitere Themen waren die Generationenfrage und der begonnene Generationendialog. In Auswertung des siebten Altenberichts der Bundesregierung ging es besonders um die gesundheitliche Versorgung und Pflege sowie um das Wohnen und Wohnumfeld. „Wir haben dem OB vorgeschlagen, eine Konzeption zur Stärkung einer Politik für und mit älteren Menschen in der Stadt anfertigen zu lassen und dabei auch zu prüfen, wie Altenhilfe zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden kann. Der Gedanke zur Einführung einer Ehrenamtskarte fand das Interesse des OB, diese hat aber nur Sinn, wenn sie gemeinsam mit dem Landkreis gemacht wird.“ ■

## Festlicher Treff zum fünfjährigen Bestehen



Teilnehmer an der festlichen Jubiläumsveranstaltung

Fotos: Rottenau



Doreen Krüsel, Geschäftsführerin der Wohnungsbaugesellschaft (WOBAU), mit dem Vorsitzenden des Seniorenbeirats Erich Rottenau.



Beiratsmitglied Inge Wunsch, die schon zahlreiche Gedichte und Erzählungen geschrieben hat, trug zwei Gedichte vor.

Der Seniorenbeirat Malchow hatte aus Anlass seines fünfjährigen Jubiläums Ende November eine festliche Veranstaltung organisiert. Mitstreiter, Stadtvertreter, Mitglieder und berufene Bürger des Sozialausschusses sowie Persönlichkeiten der Inselstadt kamen in die Begegnungsstätte des Betreuten Wohnens in den Clara-Zetkin-Ring 1a. Inge Wunsch, ein aktives Beiratsmitglied, trug zwei selbst verfasste Gedichte vor: „Die Herbstzeit“ und „Das Weihnachtsbäumchen“ und erntete dafür viel Beifall. Den ausführlichen Rechenschaftsbericht hielt

Beiratsvorsitzender Erich Rottenau. In den vergangenen fünf Jahren fanden zehn Senioreneinwohnerversammlungen und über 20 Zusammenkünfte in Zusammenarbeit mit dem inzwischen aufgelösten Ortsverband des Bundes der Ruheständler, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) statt, in denen Politiker aus der Stadt, Abgeordnete der Stadtvertretung, des Kreistages, des Landtages und des Bundestages sowie Persönlichkeiten aus nah und fern auftraten. Mehr als 450 Senioren und Einwohner nahmen daran teil. Im Rahmen der breit gefä-

cherten Öffentlichkeitsarbeit wurden 120 Berichte und Meldungen mit 60 Bilddokumenten in den örtlichen und überörtlichen Medien sowie im Seniorenkurier veröffentlicht. Die Aushänge im Schaukasten in der Güstrower Straße wurden monatlich gewechselt und trugen ebenfalls auch zur Bekanntheitsbereicherung bei.

Mit großem Engagement nahmen die Seniorinnen und Senioren an den Aktionen der Bürgerinitiative „Pro Schiene“ zum Erhalt der Südbahnstrecke teil, sammelten Unterschriften und reisten mit nach Schwerin zum Mi-

nisterpräsidenten, um die Protestlisten zu übergeben bzw. nahmen an den Landtagsveranstaltungen teil. Zur Veranschaulichung der Ehrenarbeit konnten sich die Anwesenden an 15 Schautafeln mit Texten und 24 Bildern informieren.

Mit Grußworten meldeten sich Stadtpräsidentin Elke-Annette Schmidt, Bürgermeister Rene Putzar und Sozialausschuss-Vorsitzender Horst Sigelow zu Wort, außerdem die Geschäftsführerin der WOBAU, Doreen Krüsel, der VdK-Ortsvorsitzende Hans-

Hermann Stelter, die Vorsitzende des Behindertenverbands Müritz, Hanni Rossek, der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen, Mirko Henschler, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60 Plus der SPD, Dr. Klaus Haase, und die Vertreterin der AG Rheuma-Liga, Margret Kramer.

Zu den acht Schlussfolgerungen gehören die Einbeziehung aller Seniorenverbände und Vereine, das Zusammenwirken mit der Behindertenbeauftragten Caroline Hagel, die Gewinnung geeigneter Gesprächspartner

sowie die Organisierung dezentraler Veranstaltungen im Rathaussaal, in der Werleburg, im Vogelhaus und in den Stadtwerken, um betagten Senioren und Seniorinnen kurze Wege anzubieten. In Malchow und den Ortsteilen lebten Anfang September 2016 insgesamt 5.980 Personen über 14 Jahre, darunter 1.312 Frauen und 1.007 Männer – das sind mehr als 62 Prozent der Bevölkerung –, die älter als 60 Jahre waren. Für sie will sich der Seniorenbeirat auch künftig einsetzen.

er

## LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

### Empfehlungen an die Stadtverwaltung

Bezahlbarer Wohnraum ist ein Problem nicht nur für Schweriner, sondern auch für viele ältere Menschen in anderen Städten. Es gehört zum Gegensteuern der Vereinsamung von Senioren. Seit je her wird vom Seniorenbeirat das Erarbeiten eines seniorenpolitischen Konzepts durch die Stadtverwaltung gefordert. Die Notwendigkeit dieses Anliegens wird wohl gesehen, doch leider geschieht nichts. Seit Jahren wird nur geredet und vertröstet.

Schon seit 2010 fordert der Seniorenbeirat die Beteiligung am Bundesprogramm „Aktiv im Alter“, mit dem Rahmenbedingungen geschaffen werden sollen, damit ältere Menschen aktiv ehrenamtlich tätig werden können – ob als Berater für Jugendliche beim Berufseinstieg, in der Bücherei in der Ausleihe oder als Kinderbetreuer. Dies muss möglich sein in ihrem sozialen Umfeld. Und dazu gehört auch preisgünstiger Wohnraum. Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier vertröstet auf den nächsten Haushalt.

Dabei hat der demografische Wandel längst begonnen. Bereits jetzt ist jeder dritte Einwohner in Schwerin über 60 Jahre alt. Auswirkungen sind in allen Lebensbereichen festzustellen, doch dies wird in der Stadtpolitik wenig be-



V.l.n.r.: Eva-Maria Tempelhahn, Walter Heinrich, Siegfried Schwinn, Dr. Margit Bemann, Christine Dechau, Otmar Kunau und Gero Kanis

rücksichtigt. Die Alterung der Bevölkerung und die Suche nach Handlungskonzepten müsste vielmehr Teil der Stadtpolitik sein. Auch unsere „jungen Politiker“ werden einmal älter.

Wir vom Seniorenbeirat haben zwar keine fertigen Konzepte, aber Ideen, die wir einbringen möchten. Zum Beispiel haben wir einen Fragebogen verteilt: „Wie wir im Alter leben wollen“. Antworten und Lösungen zeigt auch die Enquetekommission des Landtags auf. Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung die Entwicklung seniorenpolitischer Konzepte auf kommunaler Ebene. Dies wurde jedoch

durch die Stadt Schwerin nicht genutzt. Der Stadtvertretung wird deshalb empfohlen, sich mit den Ergebnissen der Enquetekommission „Älter werden in M-V“ zu beschäftigen und die Unterstützung der Landesregierung in Anspruch zu nehmen.

Dies damit abzutun, es fehle das Geld, kann nicht akzeptiert werden. Haushaltsmittel werden verteilt, also ist dies zu überprüfen, insbesondere unter der Berücksichtigung, dass in Schwerin immer mehr Menschen zur Generation 60plus gehören.

Walter Heinrich

Mitglied des Seniorenbeirats Schwerin

# LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

## Grevesmühlen: Gemeinsam mit der jungen Generation

Im Dezember führte der Kreisseniorenbeirat seine 3. Seniorenkonferenz durch. Im Mittelpunkt standen viele Themen, die Senioren wie Jugendliche gleichermaßen bewegen – Öffentlicher Personennahverkehr, Wohnungsfragen und Barrierefreiheit. Martina Tegtmeyer Mitglied des Landtags, gelang es, den Geschäftsführer des Unternehmens Nahbus, Jörg Lettau, zu dieser Veranstaltung einzuladen. Jugendliche aus zwei Schulen in Grevesmühlen nutzten die Chance und stellten viele Fragen. Neben anderem wurde bemängelt, dass die Busse zwar für 100 Personen zugelassen sind, nicht jedoch die großen Taschen mit den Arbeitsma-



*Alt und Jung trafen sich zu einer gemeinsamen Konferenz.*

aterialien berücksichtigt werden. Dies sogleich zu verändern, versprach Herr Lettau – es fahren jetzt größere Busse. Viele Fragen konnten nicht auf die Schnelle beantwortet werden. Den Mitgliedern des Kreisseniorenbeirats wurde jedoch versprochen, in einer kleinen Ar-

beitsgruppe alle Themen zu bearbeiten. Schwerpunkt waren der Fahrplan und das Streckennetz in Nordwestmecklenburg. Den Schülern aber hatte es so gut gefallen, dass sie zur nächsten Seniorenkonferenz wieder einen Tagesordnungspunkt gemeinsam abarbeiten möchten. Jörg Heydorn, Vorsitzender der Enquete-Kommission, sprach ausführlich über das neue Pflegestärkungsgesetz. Die schriftliche Ausarbeitung wurde von Simone Pless kopiert und den Teilnehmern zugesandt. Im Landkreis Nordwestmecklenburg arbeiten Seniorenbeiräte und Verwaltung gut zusammen. Das ist gut so und ein Dankeschön wert. *kl*

## Kreisseniorenbeirat begrüßt Fördermittelbescheide

Endlich war es so weit: Drei Fördermittelbescheide des Wirtschaftsministeriums überreichte Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Stefan Rudolph kürzlich in Krassow an die Hochschule Wismar, die Krassow Bau GmbH und an das Institut Fraunhofer-Einrichtung Großstrukturen in der Produktionstechnik Rostock. Mit dem Geschäftsführer der Krassow Bau GmbH, Thorsten Fichtler, steht der Kreisseniorenbeirat seit 2014 in regem Kontakt. Das Unternehmen hat eine Lösung dafür gefunden, wie Mehrfamilienhäuser zugänglicher und damit attrakti-

ver für mobil eingeschränkte ältere Mieter werden. In der Vergangenheit war es vielfach so, dass beispielsweise der Aufzug in der Ebene des Zwischenpodestes hielt. Damit gab es aber keinen barrierefreien Zugang zu den Wohnungen. Nun wird der Aufzug in das Bestandstreppehaus integriert, wodurch die einzelnen Etagen und damit die Wohnungen direkt erreichbar sind. Der Anbau eines neuen Treppenhauses in Modulbauweise ermöglicht es außerdem, auch das Kellergeschoss per Aufzug behindertenfreundlich, altengerecht und barrierefrei

zu erreichen. Der Umbau bedingt keinen Auszug der Mieter, denn die Wohnungen bleiben unversehrt. Diese bauliche Lösung begrüßen die Mitglieder des Kreisseniorenbeirats und haben gegenüber dem Wirtschaftsministerium betont, dass damit erste Schritte auch gegen die Altersarmut gegangen werden, denn die Bewohner können in ihren Wohnungen bleiben und sich bei Bedarf in den eigenen vier Wänden pflegen lassen. Nach neuem, erschwinglichem Wohnraum brauchen sie sich nicht umzuschauen. *Karin Lechner*

## Mitarbeit im bundesweiten Jugendprogramm

In Steinburg/Neuhausen fand Mitte Dezember eine Demokratiekonferenz des Kreisjugendrings statt. Auf ihr konnten alle Vereine und Verbände im Landkreis ihre Projekte in Form einer Präsentation vorstellen. Interessiert zeigten sich nicht zuletzt Mitarbeiter vom Jugendamt sowie Schulsozialarbeiter. Auch zwei Mitglieder des Kreisseniorenbeirats arbeiten ehrenamtlich mit im bundesweiten Programm „Demokratie leben“ und tragen so zum Gelingen bei.



*Projektleiter Lars Ruttko (rechts) im Gespräch mit Teilnehmern der Demokratiekonferenz*

Nach der Zusammenkunft stand ein mit großer Hingabe hergerichteter Büffett für alle Teilnehmer bereit, bei dem auch an die Essgewohnheiten jugendlicher Asylbewerber gedacht worden war. Auf der Tanzfläche wurden dann die unterschiedlichen Tanzschritte geübt. Drei Busse sicherten Hin- und Rückfahrt ab. Alle waren sich einig: Das soll nicht die letzte Demokratiekonferenz gewesen sein. Auch in diesem Jahr ist eine ähnliche geplant. ■

# LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

## Probleme ins Ohr des Bürgerbeauftragten

Vor kurzem besuchte der Bürgerbeauftragte des Landes, Matthias Crome, die Hansestadt Stralsund, um sich die Sorgen und Anregungen der Stralsunder Bürger anzuhören. Peter Sobottka, Mitglied des Seniorenbeirats Stralsund, nutzte die Gelegenheit, um erneut auf das Thema „Wohnen im Alter“ hinzuweisen. Die Anträge des Altenparlaments und die Berichte der Enquete-Kommission und deren Empfehlungen dürfen bei der Arbeit des neuen Landtags nicht außer Acht gelassen werden. Der Rückstau bei der Anzahl bereits jetzt fehlenden barrierefreien und -armen Wohnraums muss aufgeholt werden, damit in den nächsten fünf Jahren ein konkreter Plan entsteht, um die erforderliche Anzahl von Wohnungen erreichen zu können. In Stralsund wurden schon einige Projekte realisiert, aber gerade in Knieper West I und II, den Stadtteilen, in denen der größte Anteil der älteren Bevölkerung wohnt und lebt, gibt es ein großes Defizit an barrierearmem Wohnraum. Aufzüge müssen bei die-

sen Wohnblocks gleicher Bauweise als erstes Mittel gelten, um die Mobilität zu ermöglichen bzw. zu steigern. Es gibt mittlerweile Aufzugssysteme, die jede Etage erreichen können. Frühere Gespräche mit den Wohnungsbau-gesellschaften der Stadt zeigten auf, dass grundsätzlich Interesse am Anbau von Aufzügen besteht, allerdings würde ohne ausreichende Fördermittel vom Land der Anbau auf die Miete umgelegt werden und wäre damit nicht mehr sozial verträglich. Der Bürgerbeauftragte versprach, das Anliegen mit nach Schwerin zu nehmen. Der Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund will trotzdem erneut auf die Dringlichkeit hinweisen. Nach Presseangaben stünden für den sozialen Wohnungsbau in unserem Bundesland um die 100 Millionen Euro zur Verfügung, dessen Ausgabe allerdings immer noch nicht gesetzlich an Vorgaben zur Nutzung gebunden sei. Es ist wichtig, bei den Fraktionen und Ausschüssen des Landtags das Bewusstsein zu wecken, wie dringend die Bereitstellung von

Fördermitteln umgesetzt werden müsste, um Wohnen im Alter bezahlbar und Mobilität möglich zu machen. Diese Problematik betrifft nicht nur Senioren, sondern Menschen aus allen Altersgruppen mit eingeschränkter Mobilität. Barrierefreie und barrierearme bezahlbare Wohnungen für Senioren und Menschen mit Behinderung sind Mangelware in Stralsund und im gesamten Landkreis. Um wirklich eine soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen ohne Vorurteile und Benachteiligungen zu erreichen, ist es notwendig, die Lebensbedingungen und das Wohnumfeld bezahlbar und in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen.

Mit den Wohnungsbaugenossenschaften und dem Bürgermeister sowie mit Ministerpräsident Seling wurden zu diesem Thema Gespräche geführt, um die Möglichkeiten einer Förderung zu realisieren. Ein Anfang ist durch die neueste Erhöhung der Fördergelder getan. Ein Konsens hierzu bedarf aber einer Zusammenarbeit von Stadt, Land und Bund. ps

# LANDKREIS ROSTOCK

## Rechenschaft vor der Stadtvertretung

Der Seniorenbeirat Krakow am See konnte sich auch im vergangenen Jahr über sehr gute Ergebnisse freuen. Die stellvertretende Beiratsvorsitzende Gisela Schröder berichtete darüber Ende Januar vor der Stadtvertretung und gab einen Ausblick auf die Vorhaben 2017. Dazu gehören die Vorbereitung der Dialogveranstaltung des Beirats am 22. Mai sowie die Aufnahme weiterer Mitglieder.

Auf dem Neujahrsempfang des Bürgermeisters wurden Ursel Holz, Waltraud und Peter Reinholdt für ihre ehrenamtliche Tätigkeit in der Kleiderkammer der evangelischen Kirche mit dem Eh-

renamts-Diplom ausgezeichnet, unterzeichnet von Sozialministerin Stefanie Drese und Bürgermeister Wolfgang Geistert. Stadtvertreterin Lucia Dirks lud Anfang Januar die Mitglieder des Vorstands zu einem Informationsgespräch ein und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit.

Ein besonderes Dankeschön sagt der Seniorenbeirat dem Pflegeheim der AWO sowie dem Betreuten Wohnen der Volkssolidarität, des DRK, der Caritas, der Tagespflege „de gaude Stuv“ und der Tagespflege und Betreuung „Villa Martha“. Liebevoll und mit hohem Anspruch gestalteten sie die

Weihnachtsveranstaltungen für die Bewohner ihrer Einrichtungen.

Rückblick auf 2016: Auf der Vorstandssitzung im Oktober ging es u. a. um die Bildungsreise zum Kloster Dobbartin, die Teilnahme am 3. Seniorentag des Landes, um die Jahresabschlussveranstaltung des Beirats und die weitere Kulturarbeit. Die Teilnahme am 3. Landes-Seniorentag war ein besonderes Erlebnis für unsere Delegation. Birgit Hesse, damalige Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales, eröffnete die Tage. Viele Vorträge von Wissen-

Fortsetzung auf Seite 36



Eröffnung der DRK-Tagespflege und Sozialstation: Pflegedienstleiterin Tina Warda (l.) und Pflegefachkraft Melanie Schlusinske



Mitglieder des Seniorenbeirats mit der NDR-Moderatorin Dörthe Graner (r.) auf dem 3. Landesseniorentag



Vorstandsmitglieder beim Bürgerbeauftragten Matthias Crone



Informationsgespräch mit Lucia Dirks



Weihnachtsfeier im Pflegeheim der AWO



Übergabe der Ehrenamts-Diplome

Fortsetzung von Seite 35

schaftlern zur demografischen Entwicklung in M-V, zur Angleichung der Renten Ost – West, zum Projekt „Dorf im Dorf“ Dobbertin, zum Pflegestärkungsgesetz II und zur Altersarmut standen im Mittelpunkt. Dr. Weiß von der Universität Greifswald sprach über regionale Aspekte der Armut in ländlichen Räumen von M-V. Diese Thematik haben wir für dieses Jahr eingeplant und werden dazu einen umfassenden Dialog führen. Wir müssen in unserer Stadt, mit der Wohnungsgesellschaft WoKra Krakow am See GmbH, mit Trägern oder Investoren neue Wege und Formen finden, um diese Entwicklung entsprechend zu gestalten.

Am 21. November fand die Jahresab-

schlussitzung im Jörnberg-Restaurant statt. Gäste und Politiker der Kommune waren eingeladen. Wir gaben einen Ausblick auf 2017. In unserer Stadt gibt es ein gut funktionierendes Netzwerk an sozialen und kulturellen Angeboten sowie vielfältige Möglichkeiten für ein aktives Altern. Dazu zählt auch die neu eröffnete Tagespflege und Sozialstation des DRK in der

Plauer Straße. Immer deutlicher wird, dass sich in Krakow am See ein gutes Miteinander der Generationen und ein wertschätzendes soziales Umfeld entwickeln. Das ist im Interesse unserer seniorenfreundlichen Stadt und Anliegen des Seniorenbeirats.

Im vergangenen Jahr haben wir auf viele seniorenrelevante Themen aufmerksam gemacht. In Abstimmung

mit dem Bürgermeister und der Stadtvertretung konnten wir für die Seniorinnen und Senioren unserer Stadt Verbesserungen für die Lebensqualität erreichen. Auf der letzten Vorstandssitzung des Jahres befasste sich der Vorstand auch mit den Herausforderungen im ländlichen Raum der Ortsteile. Im Mai soll es dazu die schon eingangs erwähnte „Dialogveranstaltung“ geben. Im Dezember besuchte der Vorstand die Bürgersprechstunde des Bürgerbeauftragten von M-V, Matthias Crone. Im Mittelpunkt der Arbeit 2017 stehen neben anderen Schwerpunkten diese beiden: die Erhaltung der Kleiderkammer sowie die Kulturarbeit in unserer Stadt.

Jürgen Poleratzki  
Ehrenvorsitzender des SBR

**Was ist das Leben des Menschen? Wie Regentropfen, die vom Himmel auf die Erde fallen, durchmessen wir unsere Spanne Zeit, vom Winde des Schicksals hin und her getrieben. Der Wind und das Schicksal haben ihre unabänderlichen Gesetze, nach denen sie sich bewegen; aber was weiß der Tropfen davon, den sie vor sich her fegen? Er rauscht mit den anderen durch die Lüfte, bis er im Sande versickern kann. Aber der Himmel sammelt sie alle wieder an sich und gießt sie wieder aus, und sammelt und vergießt wieder und wieder immer dieselben und doch andere.**

Ricarda Huch (1864-1947), deutsche Schriftstellerin

Dieses Zitat steht in Metallbuchstaben an der Wand in der Halle des Paul-Löbe-Hauses in Berlin, dem Haus der Ausschüsse im Bundestag.

# Planungsgrundlage für die Politik

Expertenteam verschiedener Disziplinen erarbeitete den 7. Altenbericht

Einmal pro Legislaturperiode veröffentlicht die Bundesregierung einen Bericht zur Lage der älteren Generation, den Altenbericht. Der siebte Altenbericht, über den wir schon im vergangenen *Seniorenkurier* berichteten, weist auf die besondere Rolle hin, die den Kommunen bei der gesundheitlichen, pflegerischen sowie sozialen Versorgung älterer Menschen zukommt. Mit der Erstellung der Berichte wird eine ehrenamtlich tätige Sachverständigenkommission beauftragt, die ihre Gutachten abwechselnd über die allgemeine Lage der älteren Menschen in Deutschland und zu einem aktuellen seniorenpolitischen Thema verfasst. Diesmal war es ein Team von Experten aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Kruse, dem

Leiter des Instituts für Gerontologie der Universität Heidelberg gewesen. Die Papiere sind für die Politik eine wichtige Grundlage für die Planung von Maßnahmen und Strukturen der Altenhilfe.

Es gibt drei zentrale Handlungsfelder: Gesundheitliche Versorgung – Gefordert wird der flächendeckende Aufbau von lokalen Gesundheitszentren, in denen Ärzte verschiedener Fachrichtungen unter einem Dach arbeiten. Kommunen sollten mehr Möglichkeiten erhalten, Ärzte zum Beispiel mit Honorarzuschüssen und Hilfsangeboten zur Ansiedlung in strukturschwachen, ländlichen Gebieten zu bewegen. Sorge und Pflege – So genannte gemischte Pflegearrangements sollten geschaffen werden, in denen familiäre, nachbarschaftliche, freiwillige sowie professionelle

Hilfe ineinandergreifen und sich gegenseitig ergänzen. Teilstationäre Pflegeeinrichtungen und entsprechende Beratungsangebote sollten ausgebaut werden. Wohnen und Wohnumfeld – Auch weniger vermögende Ältere müssten bezahlbaren Wohnraum finden, was durch eine Wiederbelebung der sozialen Wohnraumförderung erreicht werden könnte. Anreize müssten geschaffen werden, damit ältere Menschen und die Wohnungswirtschaft stärker in barrierefreien bzw. -armen Wohnraum investieren. „Damit die Wohnung im Alter nicht zum Gefängnis wird, sind Mobilitäts- und Nachbarschaftskonzepte, die Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen, elementar“, heißt es im siebten Altenbericht.

*Newsletter „Erfahrung ist Zukunft“*

## 100 Einrichtungen kommen dazu

Am 1. Januar startete das neue Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus

„Wir leben Zukunft vor“ – unter diesem Motto ging am 1. Januar das neue Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus an den Start. Deutschlandweit wurden rund 550 Einrichtungen ausgewählt; sie werden für die nächsten vier Jahre gefördert. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig betont: „Die Mehrgenerationenhäuser sind aus

vielen Städten und Gemeinden nicht mehr wegzudenken: Hier treffen sich Jung und Alt, lernen voneinander, sind gemeinsam aktiv und machen sich zusammen für ihre Interessen vor Ort stark.“ Zu den bisher 450 geförderten Häusern kommen bis April 100 weitere dazu. Ziel des neuen Bundesprogramms ist es, gemeinsame Qualitäts-

kriterien für alle Häuser zu entwickeln, zu erproben und einzuführen. Durch enge Abstimmung mit den Kommunen sollen sie sich noch stärker an die lokalen Bedürfnisse anpassen. Jedes Mehrgenerationenhaus erhält einen jährlichen Bundeszuschuss von 30.000 Euro. Hinzu kommen 10.000 Euro seitens der Kommune bzw. des Landes. ■

## Jeder vierte Job in der Altenpflege

Familienministerin: Pflegeberufsreformgesetz noch in dieser Legislaturperiode

Die Altenpflege trägt immer mehr zum Jobwachstum in Deutschland bei. Von Oktober 2015 bis Oktober 2016 wurden 88 400 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte neu in der Altenpflege (Heime und Sozialwesen) eingestellt. Insgesamt ist in diesem Zeitraum die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

bundesweit um 362 800 Personen angestiegen. Damit ist fast jeder vierte Job in der Altenpflege entstanden. Die *Frankfurter Rundschau* kommt zu dem Ergebnis, dass bis zu 26 000 Pflegekräfte in den Pflegeheimen eingestellt werden könnten. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe sagte der Rheinischen

Post, es sollten auch mehr Flüchtlinge zu Pflegern ausgebildet werden, um so den Personalmangel in der Branche auszugleichen. Familienministerin Manuela Schwesig machte deutlich, dass das Pflegeberufsreformgesetz noch in dieser Legislaturperiode vom Bundestag verabschiedet werden müsse. *sc-Newsletter*

# Bevölkerungspyramide mit sehr schmalem Sockel

Seit 1964 ist das Geburtenniveau in Deutschland scharf abgesunken

„Der demografische Wandel ist ein kontinuierlicher, kaum umkehrbarer Prozess.“ Das betonen Steffen Maretzke und Claus Schlömer innerhalb der Dokumentation „Chance! – Demografischer Wandel vor Ort“, die in aktualisierter Auflage mit neuen Inhalten Ideen, Konzepte und Beispiele zusammenfasst. Herausgeber ist die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, in Bonn. Eingesetzt habe der Prozess „zwar schon vor Jahrzehnten, doch erst in der jüngeren Vergangenheit gewann er an Dynamik, und er wird in absehbarer Zukunft weiter prägend sein. Gerade in Deutschland ist er besonders weit fortgeschritten.“

Die Autoren stellen fest:

Zentrale Ursache ist der Rückgang des

Geburtenniveaus im Jahrzehnt 1965 bis 1975 unterhalb des Niveaus, das langfristig für eine stabile Bevölkerungszahl nötig ist. Die wird erreicht, wenn etwa 2,1 Kinder je Frau geboren werden. In den Zeiten des „Baby-Booms“ der 1950/60er-Jahre wurde dieser Schwellenwert teils erheblich übertroffen. Doch nach 1964 setzte ein so scharfes Absinken des Geburtenniveaus ein, dass er ab 1970 unterschritten wurde. Ab 1975 pendelte sich die durchschnittliche Kinderzahl bei etwa 1,4 Kindern je Frau ein und verharrt seitdem mit nur geringen Schwankungen auf diesem Niveau. Die seit dieser Zeit geborenen und entsprechend schwach besetzten Jahrgänge sind mittlerweile selbst ins Alter der Familiengründung gekommen. Seit nunmehr über 30 Jahren ist

jede Generation nur rund zwei Drittel so groß wie die ihrer Eltern. Der „Sockel“ der Bevölkerungspyramide ist entsprechend schmal geworden.

Mit dieser Grundkonstellation ist nicht nur auf lange Sicht eine kaum umkehrbare Schrumpfung der Bevölkerungszahl verbunden. Sie bewirkt weitaus kurzfristiger auch eine „Alterung von unten“. Der Rückgang der Anteile junger Menschen wird durch eine „Alterung von oben“ begleitet. Zunehmend stellen die (noch) geburtenstarken Jahrgänge die Bevölkerung im höheren Alter. Durch die ungebrochene Zunahme der Lebenserwartung wird die Zahl der älteren Menschen zusätzlich größer, mittelfristig wird aber auch die Zahl der Sterbefälle wachsen und die – bestenfalls stagnierenden – Geburtenzahlen erheblich übersteigen. ■

## Vereinheitlichung viereinhalb Jahre zu spät

BIVA kritisiert: Heime verdienen an fehlendem Personal

Eine repräsentative Befragung des Zentrums für Qualität in der Pflege zeigt erneut: Rechte von Pflegebedürftigen werden in besorgniserregendem Umfang verletzt. Die Befragungsergebnisse bestätigen die Erfahrungen, die die Mitarbeiter der Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen (BIVA) e.V. täglich an den Beratungstelefonen machen. Die BIVA sieht den wichtigsten Grund für den Missstand in der zu geringen Personalausstattung der Pflegeeinrichtungen. Sie fordert daher, die Pflegeeinrichtungen zu verpflichten, die vorgegebenen Personalschlüssel einzuhalten und bestehende finanzielle Anreize für eine personelle Unterbesetzung abzuschaffen. Seit Jahrzehnten gibt es mit den Pflegeeinrichtungen vereinbarte Personalrichtwerte. Sie unterscheiden sich

von Bundesland zu Bundesland und werden allgemein als zu niedrig angesehen. Das Hauptproblem der Landesrichtwerte und der mit den Pflegeheimen vereinbarten Personalschlüssel liegt aber darin, dass sie für die Einrichtungen nicht verbindlich sind und Abweichungen nach unten nicht hinreichend sanktioniert werden. Im Gegenteil: Die einfachste Methode für ein Pflegeheim, um Gewinne zu erzielen, ist die Nichtbesetzung von abgerechneten Stellen. Eine vorgesehene Erarbeitung von neuen bundeseinheitlichen Personalrichtwerten bis Mitte 2020 kommt nicht nur viereinhalb Jahre zu spät für alle, die sich heute in einer Pflegeeinrichtung befinden. Sie löst auch nicht die Frage der Verbindlichkeit.

„Wir fordern deshalb als Übergangslösung, dass die Heime verpflichtet wer-

den, ab sofort ihre tatsächliche Personalausstattung zu veröffentlichen. Außerdem sollten sie ins Verhältnis gesetzt werden zu den bestehenden Landespersonalrichtwerten und dem für das jeweilige Heim vereinbarten Personalschlüssel“, sagt Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender der BIVA. Dies erfordere keine neue Bürokratie und wäre ein erster Schritt zu mehr Transparenz für die Pflegebetroffenen. „Bisher zahlen Heimbewohner das volle Geld, ohne zu wissen, ob die Personalausstattung wirklich den Vereinbarungen entspricht“, betont Stegger.

In der eingangs genannten Befragung hatten 58 Prozent des Pflegepersonals von Fällen berichtet, in denen über den Willen der Pflegebedürftigen hinweg gehandelt oder notwendige Hilfen nicht gegeben wurden. ■

## Kampagne gegen Altersarmut

Der Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD) informiert im Rahmen einer deutschlandweiten Kampagne umfassend darüber, wie Altersarmut entsteht und wie sie wirksam bekämpft werden kann. Neben aktuellen Zahlen, Daten und Fakten hat der Verband ein Konzept veröffentlicht, das konkrete Lösungswege aufzeigt. Zielgruppen sind politische Entscheidungsträger sowie Bevölkerungsgruppen, für die das Risiko, im Alter zu verarmen, wächst. [www.sovd.de/arm-im-alter](http://www.sovd.de/arm-im-alter) ■

## Verpflegung in Senioreneinrichtungen im Blickpunkt

Die zunehmende Bedeutung der Gemeinschaftsverpflegung ist Schwerpunkt des 13. Ernährungsberichts der DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V.): Eine DGE-Studie zur Verpflegung in stationären Senioreneinrichtungen soll laut DGE-Präsidentin Prof. Ulrike Arens-Azevêdo dazu beitragen, dass mehr Menschen von einem vollwertigen Essensangebot in der Gemeinschaftsverpflegung profitieren. Der Ernährungsbericht kann beim Medienservice der DGE für 32 Euro zuzüglich Versandkosten bezogen werden. [www.dge.de](http://www.dge.de) ■

## Ratgeber „Essen und Trinken Pflegebedürftiger“

Einen kostenlosen Ratgeber „Essen und Trinken Pflegebedürftiger“ hat das Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP) herausgegeben. Mit ihm sollen pflegende Angehörige mit leicht verständlichen Praxistipps bei der Zubereitung und Gabe von Mahlzeiten unterstützt werden. Alle Informationen gründen auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und sind von ausgewiesenen Experten qualitäts gesichert, übersichtlich sowie leicht verständlich aufbereitet. [www.zqp.de](http://www.zqp.de) ■

### IMPRESSUM

#### Herausgeber und

#### Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,  
Haus der Begegnung Schwerin,  
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,  
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,  
Fax: (0385) 5 55 89 61  
E-Mail: [lsb@landesseniorenbeirat-mv.de](mailto:lsb@landesseniorenbeirat-mv.de)  
[www.landesseniorenbeirat-mv.de](http://www.landesseniorenbeirat-mv.de)

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich  
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit,  
Gleichstellung und Soziales Mecklen-  
burg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht  
mit der Meinung der Redaktion überein-  
stimmen. Nachdruck mit Quellenangabe  
gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
15. Februar 2017; Redaktionsschluss für  
Nr. 2/2017: 15. Mai 2017

## Ich wünsche dir Zeit

Ich wünsche dir nicht alle möglichen Gaben.  
Ich wünsche dir nur, was die meisten nicht haben:  
Ich wünsche dir Zeit, dich zu freuen und zu lachen,  
und wenn du sie nützt, kannst du etwas draus machen.

Ich wünsche dir Zeit für dein Tun und dein Denken,  
nicht nur für dich selbst, sondern auch zum Verschenken.  
Ich wünsche dir Zeit – nicht zum Hasten und Rennen,  
sondern die Zeit zum Zufriedenseinkönnen.

Ich wünsche dir Zeit – nicht nur so zum Vertreiben.  
Ich wünsche, sie möge dir übrig bleiben  
als Zeit für das Staunen und Zeit für Vertrauen,  
anstatt nach der Zeit auf der Uhr nur zu schauen.

Ich wünsche dir Zeit, nach den Sternen zu greifen,  
und Zeit, um zu wachsen, das heißt, um zu reifen.  
Ich wünsche dir Zeit, neu zu hoffen, zu lieben.  
Es hat keinen Sinn, diese Zeit zu verschieben.

Ich wünsche dir Zeit, zu dir selber zu finden,  
jeden Tag, jede Stunde als Glück zu empfinden.  
Ich wünsche dir Zeit, auch um Schuld zu vergeben.  
Ich wünsche dir: Zeit zu haben zum Leben!

Elli Michler | Aus: „Dir zugedacht“ | © Don Bosco Medien GmbH, München, 2014



**Informieren Sie sich.  
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege  
Kurzzeitpflege  
Verhinderungspflege  
Urlaubspflege  
Betreutes Wohnen  
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine  
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre  
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei  
einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Ver-  
weilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet  
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens  
begleiten.



**Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin**

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 11

Pflegeleitung: Britta Schermer, Tel.: 0385 / 20 10 10 52

[www.wohnpark-zippendorf.de](http://www.wohnpark-zippendorf.de)